

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar.

In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der Reichstag mit dem „Zurück-Paragrafen“, § 115 der Gewerbe-Ordnung. Dieser Paragraf hat eine höchst interessante und lehrreiche Geschichte. Die bisherige Fassung, wie sie sich in der Gewerbe-Ordnung findet, ist:

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter baar in Reichswährung auszusahlen.

Sie dürfen denselben keine Waaren kreditiren. Die Verabfolgung von Lebensmitteln an die Arbeiter fällt, sofern sie zu einem die Anschaffungskosten nicht übersteigenden Preise erfolgt, unter die vorstehende Bestimmung nicht; auch können den Arbeitern Wohnung, Feuerung, Landnutzung, regelmäßige Beschäftigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgt werden.

In der Fassung des Regierungsentwurfs, welcher jetzt vor dem Reichstage liegt, lautet der Paragraf:

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und baar auszusahlen.

Sie dürfen denselben keine Waaren kreditiren. Die Verabfolgung von Lebensmitteln an die Arbeiter fällt, sofern sie zu einem die Anschaffungskosten nicht übersteigenden Preise erfolgt, unter die vorstehende Bestimmung nicht; auch können den Arbeitern Wohnung, Feuerung, Beleuchtung, Landnutzung, regelmäßige Beschäftigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgt werden, soweit die dafür angerechneten Beträge die durchschnittlichen Selbstkosten nicht übersteigen.

Aus der Kommission ist der Paragraf in folgender Fassung hervorgegangen:

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und baar auszusahlen.

Sie dürfen den Arbeitern keine Waaren kreditiren. Die Verabfolgung von Lebensmitteln an die Arbeiter fällt, sofern sie zu einem die Anschaffungskosten nicht übersteigenden Preise erfolgt, unter die vorstehende Bestimmung nicht; auch können den Arbeitern Wohnung, Feuerung, Beleuchtung, Landnutzung, regelmäßige Beschäftigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgt werden, soweit die dafür angerechneten Beträge die durchschnittlichen Selbstkosten, nämlich der Wohnung und Landnutzung die ortsüblichen Mieths- und Pachtpreise nicht übersteigen.

Die Auszahlung der Löhne darf ohne Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde nicht in Gast- und Schankwirtschaften oder Verkaufsstellen erfolgen.

Eine Vergleichung der drei Fassungen ergibt, daß die Regierungsvorlage den jetzt gültigen Paragrafen etwas verbesserte, durch die Kommission aber wieder verschlechtert worden ist.

Diese Verschlechterung ging jedoch dem „Zünftler-Kollegium zur Verschlechterung der Gewerbe-Ordnung“, wie Singer das „neue Kartell“ nannte, noch nicht weit genug; es stellte den Antrag, den zweiten Absatz des § 115 wie folgt zu fassen:

Sie dürfen den Arbeitern keine Waaren kreditiren. Doch ist es gestattet, den Arbeitern Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten, Wohnung und Landnutzung gegen die ortsüblichen Mieths- und Pachtpreise, Feuerung, Beleuchtung, regelmäßige Beschäftigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabfolgen. In einem höheren Preise ist die Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen für Affordarbeiten zulässig, wenn derselbe den ortsüblichen nicht übersteigt und im Voraus vereinbart ist.

Die Sozialdemokraten beantragten:

a) Im Absatz 2, zu Anfang, hinter dem Worte „Waaren“ zu setzen:

„verkaufen oder kreditiren.“

b) In demselben Absatz das Wort „durchschnittlichen“ zu streichen.

c) Dem Absatz 3 folgende Fassung zu geben:

Der Lohnzahltag darf weder ein Sonnabend noch ein Sonntag oder Festtag sein. Die Auszahlung der Löhne darf nicht in Gast- und Schankwirtschaften oder Verkaufsstellen erfolgen. Soweit die Lohnzahlung nicht wöchentlich stattfindet, ist den Arbeitern eine ihren Leistungen entsprechende Abschlagszahlung zu gewähren. Die Lohnabrechnung muß spätestens alle vierzehn Tage, beziehentlich nach Fertigstellung der Affordarbeiten stattfinden.

„aber es ist immer so unterhaltend, diesen Rollennehmer zu argern.“ — „Ich merkte bald, daß mit Dir nichts anzufangen war, und so begam ich zuzuhören, und da war es mir oft, als habest Du gar nicht so unrecht. Aber ich bin so dumm; es ist mir nicht möglich, herauszubekommen, was recht und was schlecht ist; ich muß mich an das halten, was ich selbst gelernt und gehört habe; aber ich finde, daß es doch gut thut, manchmal auch etwas Neues zu vernehmen.“ — „Komisch, daß ich Jemandem in etwas helfen konnte!“ — „Schien es Janny.“

Sie nahm sich der kleinen Kinder Lea's an; Lea verwöhnte dieselben so schrecklich, fand sie. „Du solltest sie nicht so viel küssen“, sagte sie; „Du weißt nicht, wie schädlich das ist!“ — „O, Lea wußte, daß es schädlich, aber ich kann es nicht lassen! Wenn sie mit ihrem kleinen Mündchen kommen und so dut und lieb sind ... und dann die herzigem, dicken Arme der Mama um den Hals legen ... ah, wenn es nur Deine Kinder wären, so würdest Du es auch nicht besser machen!“ — „Doch; Janny würde es nicht so machen; dazu hätte sie die Kleinen zu gern. Und dann darfst Du ihnen nicht immer nachgeben; hast Du einmal Nein gesagt, so mußt Du bei diesem Nein bleiben!“ — „Ja, aber ich kann sie ja doch nicht schreien lassen, die Armen!“ — „Dah sie schreien, bis sie müde werden, sie lernen bald, daß es ihnen nichts nützt!“ — „O, Ihr habt leicht reden, Ihr, die Ihr keine Kinder habt!“ — „Thorheit kam seiner Frau zum Entsat. Die Mutter muß doch wissen, was ihrem Kind am besten thut“, sagte er; „das lehrt die Natur die Mutter, verschäme ich Dir, Janny. Wie würde es sonst um die Kinder stehen, deren Mütter selbst keine Spur von Erziehung genossen haben?“

Der Rollennehmer kam ins Haus, nach wie vor; er begann zu alteren. Er wurde immer fahler und immer magerer; er war nicht mehr so offen, wie früher und schwadronierte lang nicht mehr so viel. Janny hatte sich an den alten Schwäger so gewöhnt, daß sie ihn kaum mehr sah; doch war etwas an ihm, was sie plagte; sie hatte die Empfindung, immerfort von zwei lauernden, hungrigen Augen verfolgt zu werden. Aber der Stämper war so vollkommen unschuldig.

Außerdem war vom Abg. Ray Hirsch nachstehende Resolution zu dem § 115 beantragt:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, behufs Förderung der Wirtschaftlichkeit unter den Arbeitern dahin zu wirken, daß in den Betrieben des Reiches, der Bundesstaaten, Kommunalverbände und Kommunen Abschlagszahlungen des verdienten Lohnes wöchentlich, die Abrechnung desselben, soweit möglich, spätestens vierzehntäglich erfolgen.“

Nach einer längeren Debatte, in welcher die sozialdemokratischen Sprecher Grillenberger und Singer, die Redner aller übrigen Parteien gegen sich hatten, wurde der Paragraf in der Kommissionsfassung mit den Verschlechterungen des kapitalistischen „Zünftler-Kollegiums“ angenommen.

Die neue Kartellmajorität steht fest wie eine Mauer; sie hört auf keine Gründe, und man würde alles Diskutiren als vollkommen überflüssig aufgeben müssen, wenn nicht durch die jetzt gelebte Kritik der Inhalt und das Wesen dieses Gesetzes zur allgemeinen Kenntniß gebracht und so eine schärfere Kontrolle der Handhabung ermöglicht würde.

In der Frage der Sonntagsruhe, die in der verflochtenen Woche den Reichstag so angiebig beschäftigte, nahm das Centrum eine Stellung ein, die noch mit wenigen Worten beleuchtet werden muß.

Bekanntlich betrachten sich die Mitglieder des Centrums in erster Linie als die Vertreter des Christenthums. Von diesem Standpunkt aus und in Verfolg der Lehre der Bibel, die da sagt: sechs Tage sollst Du arbeiten, aber am siebenten sollst Du ruhen, wären die Centrummitglieder verpflichtet gewesen, für möglichste Einschränkung der Sonntagsarbeit einzutreten. Die Verhandlungen haben das Gegentheil bewiesen.

Wohl haben Herr Dr. Ortner und andere Mitglieder des Centrums stets versichert, für die Einschränkung der Sonntagsarbeit einzutreten und haben von diesem Standpunkt aus einige Punkte der Vorlage bemängelt. Aber sobald es zum praktischen Beweise kam, haben sie nicht nur für alle Ausnahmebestimmungen gestimmt, sondern haben auch allen Verschlechterungsanträgen, die weiter gestellt wurden, zum Siege verholfen.

Sind die gefassten Beschlüsse sehr lächerlich und werden die deutschen Arbeiter sich auch künftighin einer sehr zweifelhaften Sonntagsruhe erfreuen, das Centrum, diese Partei der guten Christen, trägt in erster Linie die Schuld hieran.

Das Centrum hat sich als die Vertreterin des gesellschaftlichen Egoismus und des rohesten Materialismus gezeigt. Es hat bewiesen, daß seine religiösen Grundsätze eben so wie seine politische demokratischen eine Maske sind, hinter der es die Vertretung der Klasseninteressen der Besitzenden verbirgt.

Aber die Verhandlungen haben noch etwas anderes gezeigt. Sie zeigten, daß alle Parteien in der schönsten Harmonie sich befinden, sobald es gilt, Rechte und Freiheiten, die man dem Arbeiter nicht mehr zu verlagern wagt, nach Möglichkeit zu verkaufieren und zu beschneiden. Volkspartei und Deutschfreisinnige waren, ganz vereinzelte Fälle ausgenommen, ein Herz und eine Seele mit Nationalliberalen, Centrumsmännern und Konservationen. Wie sie für die Arbeiter die Sonntagsruhe nach Kräften verdrängten, stimmten sie auch für die Arbeitsbücher und die skandalöse Bevormundung der Arbeiter unter 21 Jahren durch Unternehmer und Polizei.

Die Verhandlungen des Reichstages zeigen dem Blindesten, daß alle politischen Parteien verschwinden, sobald es sich um die Wahrung der Unternehmerinteressen handelt. Für die Rettung des „heiligen Kapitals“ stehen sie wie ein Mann zusammen — da sind alle trennenden politischen Unterschiede vergessen, ist das Kartell für den Geldsack eine feste Burg, von der aus jeder Angriff auf die Interessen der Besitzenden den heftigsten Widerstand findet.

Der weitere Verlauf der Verhandlungen dürfte noch Beweise genug für das biblische Gleichniß liefern: Man soll nicht Feigen von den Dornen und Trauben von den Dornen lesen wollen.

Bekanntlich entbrannte zwischen dem Abg. Vollmar und dem Centrumsabgeordneten Viehl in der letzten Donnerstag-Sitzung des Reichstages ein Streit um die Frage: ob es in

— Ihrem Schicksal entgegen sollte Janny aber nicht; Uehermann ward dennoch um sie.

Sie jammerte, als sie seinen Brief las; es wirkte so fremd und peinlich. Und doch war es schön und ergreifend ... ach, warum mußte sie so viel Uebel verurursachen! Warum hatte sie nicht geheiratet, als sie noch jung war; wäre sie nicht so dumm gewesen, als sie Gabriel zum ersten Male traf, so hätte sie sich in ihn damals verliebt und vielleicht ihn gewonnen.

Armer, prächtiger Uehermann! Der beste Mensch, dem sie jemals begegnet, der edelste, ehrlichste Freund! Ihr Bekehrer, ihr Wohlthäter! Durch seine Hilfe war sie so hoch hinauf gekommen, daß sie Gram verstehen konnte, und nun stieß sie ihn mit Füßen weg ... wie eine gebrauchte Leiter ...

„Du entfernst Dich immer mehr von mir,“ schrieb er, „und ich verstehe den Grund. Ich lebensmüde, verunglückter Mensch, was kann ich Dir sein, Du Jugendfrische, Schöne; ich taufte Dich meine Baltharie und Du wirst mein Schicksal. Allein ich kann Dich nicht verlassen, ohne es Dir zu sagen. Der Gerinnende klammert sich an einen Strohhalm, und ich suche daraus sogar Hoffnung zu schöpfen, daß Du von mir Dich zurückziehst; ich weiß, daß Du nichts anderes als Freundschaft fühlen kannst; aber trotzdem, nimm an, das Unmögliche geschähe! — Ich werde meinen Korb mit der männlichen Fassung entgegennehmen, die von mir zu erwarten Dein Recht ist; aber ich muß ihn haben. Wie das Feuer Lust braucht, um zu brennen, so braucht die Liebe Hoffnung, um zu leben; Du wirst mir jede Möglichkeit zu hoffen rauben, und so überwinde ich dann mit der Zeit auch das. Und dann gehe ich wieder ein in den ewigen, großen Tod, aus welchem Du, Gebenebeite unter den Frauen, mit Deiner zauberhaften Lebensmacht mich herauszuholen hoffst. Ich werde Dich nicht quälen; ich werde nicht mehr wiederkehren und vor Dir spuken wie Banquo's Geist; sobald mein Schicksal ausgemacht, verschwinde ich vor Deinem Blick; ich ziehe mich zurück in der Abhülster Land um zu sterben, langsam und still, an innerer Verletzung. Ich würde diese Stadt ja doch nicht ertragen können; sie würde mir eine Folterbank werden und eine ewige

München ähnlich wie in Norddeutschland Kessnerinnen gebe, die keinen Lohn erhielten, sondern auf die Trinkgelber angewiesen seien. Der Abg. Vollmar behauptete das Gegentheil, Dr. Viehl bestritt dieses entschieden. Jetzt schreibt man uns aus München, daß es dort sehr viele Kessnerinnen gebe, die keinen Lohn erhielten, sondern nur auf das Trinkgeld angewiesen seien. Als Münchener Bürger sollte Herr Viehl die hiesigen Verhältnisse schon genauer kennen“ meint der Schreiber und er hat recht. Vielleicht findet Herr Viehl noch die so wünschbare persönliche Belehrung, wenn er wieder nach Hause kommt und dem Gambrius opfert.

Das amtliche Wahlergebnis der Nachwahl im Sonneberg-Zaalfelder Wahlkreise liegt nunmehr vor. Nach amtlicher Feststellung wurden insgesammt 15 881 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Schneidermeister Paul Reißhaus (Soz.) in Erfurt 7103 Stimmen, Senator a. D. Dr. Friedrich Witte (Dfr.) in Rostock 5654 St. und Rechtsanwält Dr. Hans Plum (ntl.) in Leipzig 3119 St. Es ist mithin eine Stichwahl zwischen den beiden ersten erforderlich. Bei der Nachwahl fehlten unserem Kandidaten zur absoluten Majorität 888 Stimmen, während uns bei der Hauptwahl fast doppelt so viele Stimmen zur absoluten Majorität, nämlich 1573 fehlten. Hieraus ersieht man schon, daß wir mit dem Wahlergebnisse vollaus zufrieden sein können. Die Wahlbetheiligung war bei der Nachwahl bedeutend schwächer als im Jahre vorher, es wurden 1695 Stimmen weniger abgegeben. Während wir aber nur um 112 Stimmen zurückgingen, beziffert sich der Verlust bei den Freisinnigen auf 888 und bei den Nationalliberalen auf 729. In Prozenten berechnet kommt der Verlust der bürgerlichen Parteien und die Unbedeutendheit unseres Stimmenrückgangs noch viel stärker zum Ausdruck. Wir verloren z. B. 1 1/2 pCt., während die Freisinnigen z. B. 18 1/2 und die Nationalliberalen fast 19 pCt. verloren hatten. Bleibt man dabei noch in Betracht, daß der Umstand, daß die alten Listen noch in Gebrauch waren, uns ganz unverhältnismäßig mehr schädigte als die Gegner, so können wir mit dem Wahlergebnisse vollaus zufrieden sein. Hoffentlich gelingt es den Thüringer Genossen am nächsten Sonnabend in der Stichwahl zu siegen und das „dritte Dugend“ voll zu machen.

Der Herzog von Saueburg ließ sich das erledigte Reichstags-Mandat des 19. hannoverschen Wahlkreises anbieten, um es sofort abzulehnen. Das thut uns leid. Fürst Bismarck wäre im Reichstage eine interessantere Figur als in den „Hamburger Nachrichten“.

Die Regierung wird zu einer immer entschiedeneren Stellungnahme gegen die großkapitalistische Froude gezwungen. In der Vergebung von Kohlenlieferungen an ausländische Firmen und zu dem Erlaß des Ministeriums betreffs der Ringe und Kartelle kommen die sehr scharfen Aeußerungen des Kaisers auf dem brandenburgischen Provinzialtag hinzu — Aeußerungen, die noch weit deutlicher waren, als die bei dem letzten Reichskanzler-Gessen.

Es bleibt nun abzuwarten, inwieweit die Herren Großkapitalisten sich durch das persönliche Eintreten des Kaisers werden beeinflussen lassen. Es darf nicht vergesen werden, daß vor mehr als Jahresfrist bereits ebenso scharfe und deutliche Aussprüche des Kaisers erfolgt sind, ohne daß es auf die Großunternehmer von Wirkung gewesen wäre. Wir erinnern nur an die „Erlasse“, des 4. Februar und an die Bemerkung, in welcher die Kaiserin barone mit den rebellischen Wölgen der Marx verglichen wurden, die schließlich doch zu Kreuz hätten kriechen müssen.

Die Herren Großunternehmer haben sich durch diese Kundgebung und Drohungen nicht beirren lassen und sie haben bei dem Entwurfe des Arbeiterschutz-Gesetzes einen vollständigen Sieg davon getragen.

Wenn es der Regierung darum zu thun ist, den Trop des Geldprophetismus zu brechen, so hat sie das beste Mittel hierzu in einer guten Arbeiter-Gesetzgebung, welche die Gleichberechtigung zur Wahrheit macht, und die Arbeiter in den Stand setzt, sich der An- und Uebergriffe des Kapitals mit eigener Macht zu erwehren.

Das jetzige sogenannte Arbeiterschutz-Gesetz böte eine vortreffliche Gelegenheit hierzu. Würde dasselbe so gestaltet, daß es den Interessen der Arbeiter entspricht, und würde

Marter; denn alles, was ich sehe, erinnert mich an Dich. Da bist Du gegangen; auf dieser Bank sind wir miteinander gesessen; hier an der Straßenecke lächelst Du; an jener Thür sprichst Du Worte, die ich niemals vergesse; dort beim Stein glittest Du aus, jedoch erhieltest Dich an meinem Arm ... Nein, ich reise heim in meines Vaters Stadt, und da schlepp ich, wie ein wundgeschossenes Thier, den Rest meines Daseins hin und bete Dich an, mein strahlende Baltharie, die mir das Leben gab und mir es wieder nahm, mit derselben warmen, weichen Hand, die ich so oft gedrückt ...

— Ach, das war entsetzlich! Jedes Wort ein Stöhnen, jeder Satz ein Schluchzen; die sanfte Weichheit der Ausdrücke, das Lieblosende des Tones, so oft er „Du“ sagte, verriet in ergreifender Art seine schmerzvolle Liebe. Und da sollte sie nichts anderes erwidern können, als dies verlegene, leere, das von Freundschaft; es würde klingen wie Spott und in seine Seele dringen wie eisiger Frost; sie fühlte es; sie sah sein Lächeln, dies bittere, schiefes Lächeln, ein höhnvolles, blutiges Lächeln; und hier sah sie, kalt und hart, fern und fern, und eigentlich ganz froh, daß er von hier wegging.

XXI.

Es wurde ein herrlicher Frühling. Sie hatte ihren Kurzus beendet und war bis auf Weiteres ein freier Mensch. Und sie war so glücklich jung geworden.

Ein sülber Friede erfüllte sie, neue Fähigkeit zu leben. In frohen Gedanken schloß sie ein und erwachte mit der Empfindung überwältigenden Glücks; — denke Dir, wie sehr sah sie ihn heute. Sie ängstigte sich um nichts und schmerzte sich nach nichts; weder Vergangenes noch Zukünftiges quälte sie; sie lebte jetzt, gerade jetzt; eine eigenthümliche glückselorene Stille kam über sie; ihre Seele war süßen Wein getrunken; sie freute sich mehr über den schönen Sonnenschein als sogar über die Begebenheit, daß Johann Seebach Staatsminister geworden.

(Fortsetzung folgt.)

namentlich die freie Ausübung des Koalitionsrechts durch strenge Strafbestimmungen gewährleistet, so wäre dem industriellen Geldproletariat damit „ein Stoß ins Herz“ versetzt.

Der bekannte „unbekannte Obere“ giebt sich alle erdenkliche Mühe, die beiden Hälften des Groß-Unternehmertums zu vereinen, und das junkerliche Kapital zum Anschluß an das industrielle zu bewegen. Unter den Herren Junkern sind auch viele, denen der Loosung gar wohl gefällt, und die „Kreuzzeitung“ selbst hat arge rebellische Umwandlungen; die sie einseitig noch mit der „traditionellen Königsstrenge“ zu beschwichtigen sucht — auf wie lange, das wird sich bald herausstellen.

Wir Sozialdemokraten sehen dem Gang der Dinge mit hohem Interesse und philosophischer Ruhe zu. Ob nun der Staat sich wieder unter das feudale Joch des Kapitalismus beugt und zum bewußten konsequenten Klassenstaat ausbildet, oder ob er den Kampf mit dem Kapitalismus im Ernst aufnimmt — in jedem Fall wird die Gemeinwohlbedeutung des Kapitalismus zur greifbarsten Erkenntnis gebracht und dem Sozialismus der Weg gebahnt. —

Zur Kennzeichnung der Brot- und Fleischvertheurer.

Aus dem Kreise Kempen an der holländischen Grenze wird uns von einem kleinen Gutbesitzer geschrieben: Durch Zufall bin ich in den Besitz des amtlichen Reichstags-Berichts vom 15. Januar d. J. gelangt, woraus hervorgeht, daß der Reichstags-Abgeordnete Graf von und zu Hoensbroech entweder die hiesigen Verhältnisse nicht genau kennt, oder nicht kennen will. Derselbe führte nämlich in der genannten Sitzung aus, daß die Kornzölle eine Begünstigung des größeren Grundbesitzes nicht involvieren und daß die Steigerung des Brotpreises nicht durch die Zölle, sondern durch den Zwischenhandel hervorgerufen werde. Was die Viehsperre anbelangt, — behauptete der Herr Reichsgraf — so möge dieselbe für die östlichen Bezirke manche Unannehmlichkeiten gehabt haben, unsern kleinen Besitzern im Westen aber sei die Sperre deshalb sehr angenehm gewesen, weil gerade die kleinen Leute wieder etwas bessere Preise für ihre Schweine bekamen, die jeder kleine Mann ja zu Markte bringe. Die Zölle aber haben absolut keinen Einfluß auf die Fleischpreise. — Die Fleischpreise werden durch den Metzger gemacht, die Fleischzölle geben nur dem Produzenten eine größere Sicherheit, sein Vieh auf den inländischen Markt zu bringen, und deshalb wünscht man in der Viehproduzenten Gegenden, wozu meine Gegend und ein großer Teil der Rheinprovinz gehört, entschieden noch viel höhere Zölle als wir jetzt haben. — Das Rindfleisch kostet in Kempen pro Pfund 65 Pf., in Venlo (Holland) 68 Pf., das Kalbfleisch kostet in Venlo 70 Pf., Kempen 65 Pf., das Hammelfleisch in Venlo 68 Pf., und in Kempen 65 Pf. Der Speck hat denselben Preis von 60 Pf. Sie sehen hieraus, daß es eine absolut unrichtige Behauptung ist, daß die Fleischzölle die Preise erhöhen; denn dort, wo keine Zölle sind, wird das Fleisch theurer bezahlt. So der Herr Reichsgraf, der niemals im Schwerte seines Angeleges sein Brot verdient, der die Mühen und Plagen des kleinen Bauern und Pächters niemals an sich empfinden, der höchstens von seinem Rentmeister, der die Klagen der Bauern bei Empfang des Pachtzins entgegennimmt, etwas davon gehört und Hilfe nicht durch Erniedrigung der Pacht, sondern durch höhere Zölle auf Korn, Vieh und Gemüse in Aussicht gestellt hat. Viele Bewohner unseres Kreises sind Weber, die meistens nach Aachen arbeiten zu müssen, die vor 40 Jahren theilweise noch höher wie heute standen; und dabei erlauben sich die Befürworter der Viehsperre, die fortwährend darüber klagen, daß die großen Landwirthe nicht bestehen können, denjenigen Webern, die absolut keine Arbeit haben, in öffentlichen Versammlungen barschafts vorzurechnen, daß sie von zwei Morgen gepachteten Landes, auf dem sie Gemüse züchten sollen, leben können, wobei allerdings nur derjenige ernst bleiben kann, der von der Gemüsezucht nichts versteht. Wie sich der Abgeordnete Hoensbroech im Reichstage in ein und demselben Satz widerspricht und Alles auf den Kopf stellt, so widersprechen sich die Herren des „Rheinischen Bauernvereins“ auch fortwährend. Die Brotpreise sollen an den Manipulationen der Zwischenhändler oder Böcker liegen. Rein, dieselben richten sich fast genau nach den Preisen des Wehles, die Konkurrenz verzieht ganz von selbst ein höher hinaufgehen. In dem nur drei Stunden von meinem Wohnorte entfernten Venlo kostete in den Tagen, als Herr Hoensbroech seine Ausführungen im Reichstage machte, der Roggen 13 M. pro 100 Kilo, während derselbe hier bis auf 20 M. hand. Unerkennlich ist es aber, wie derselbe behaupten kann, hier an der Grenze seien die Fleischpreise fortwährend niedriger, wie in dem benachbarten Holland, es sei denn, daß man hier die allerliebste Sorte Vieh schlachtet und auf den Markt gebrachten Schwein doch der Preis zwischen dem auf den Markt gebrachten Rindvieh bis zu 15 und mehr Pfennigen pro Kilo lebend Gewicht. Laut dem Marktbericht der „Rheinischen Volkszeitung“ schwankten auf dem in diesem Monat in Wittlich in der Gifel stattgefundenen Viehmarkte die Schlachtgewicht-Preise bei fetten Ochsen zwischen 57 und 70 Pf. pro Kilo, bei Kühen zwischen 60 und 60 und bei Schweinen zwischen 48 und 68 Pf. pro Kilo, auch in Kreisfeld schwankten die Preise des Rindviehs zwischen 48 und 63 Pf. pro Kilo. In Betreff des Schweinefleisches, und darauf kommt es bei Ernährung der Massen hauptsächlich an, kann ich behaupten, daß sehr viele in Holland gemästete Schweine nach hier exportiert werden und daß dieselben an Ort und Stelle a. b. bis zehn Pfennige pro einhalb Kilo billiger gekauft, als dieselben hier gekauft werden. Ich bin selbst als Viehwirt; der Grundbesitz (das heißt nominell, der Viehwirt mit Hypothek belastet) schwankt hier meistens zwischen 6 bis 12 Hektar. Wir verkaufen aber fast alle keinen Roggen und müssen Vieh nachkaufen, weil hier viele Schweine gemästet werden. Die großen Grundbesitzer, die von ihren Renten leben, welche die Bauern durch Mühe, Fleiß und Entbehrungen zusammenbringen, haben in den Bauernvereinen die Bauern schon lange an der Nase herumgeführt; allmählig wird es aber auch hier Licht und die Ackerleute werden einsehen, daß das Interesse dieser hohen Herren nicht das Interesse der Bauern ist.

Ueber die Marx'sche Programmkritik wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ von einem ihrer Berliner Korrespondenten geschrieben:

„Die von Engels in der „Neuen Zeit“ bewirkte Veröffentlichung der Marx'schen Kritik des Gothaer Programms hat in den Kreisen unserer Partei, wie in denen der Gegner eine sehr verschiedenartige freilich, aber überall gleich lebhaft Besprechung hervorgerufen. Den Gegnern war der tiefe sachliche Gehalt jener Kritik durchaus gleichgültig, sie beschästigte bloß die Frage: wie diese Kritik zu einem Keil werden, der trennend in die geschlossenen Reihen unserer Partei dringt? Die phantastischen Illusionen traten zu Tage; insbesondere wurden auf die schonungslos und zum Theil auch ungerechte Beurteilung, die Marx Vorfälle gegenüber übte, große Hoffnungen gesetzt. Daneben machte sich ein belustigender Pharisäismus breit: während die Gegner uns Sozialdemokraten sonst den Vorwurf harter Prinzipienreiterei machen, geriefen sie diesmal darüber in Entrüstung, daß die Partei einen in den geschichtlichen Bedingungen der damaligen Situation durchaus begründeten Opportunismus folgte und die Forderung des Moments erfüllte, indem sie die in ihrem Verthe gar nicht abzuschätzende Einigung der beiden Fraktionen vorschlug, dagegen eine der Theorie entsprechende strenge Ber-

ückung des Programms einem späteren geeigneten Moment überließ.

Die behagliche Stimmung unserer Gegner konnte nicht lange währen. Am 18. Februar trat der „Vorwärts“ mit einer zwar nicht der Form, aber der Sache nach offiziellen Erklärung gegenüber der Kritik von Marx hervor, in der außerordentlich glücklich und, soweit man das bisher übersehen kann, auch unter der Zustimmung der Genossen überall in Deutschland, das Verhalten auf dem Einigungskongress in der Frage des Programms gerechtfertigt wird. Damals galt Alles der praktischen That, dem großen, folgenreichen Werk der Einigung. Damals fehlte gleichzeitig einem großen Theil der Parteigenossen die wissenschaftliche Einsicht und Reife, um in der Formulierung, wie sie Marx wünschte, einen adäquaten Ausdruck ihrer theoretischen Ueberzeugung zu finden. In all diesen Beziehungen haben die Jahre einschneidende Veränderungen hervorgebracht: prinzipielle Gegensätze sind in der Partei nicht mehr vorhanden, die Einsicht ist gereift und, nachdem das Sozialistengesetz, das sehr hemmend einer Revision des Programms entgegenstand, beseitigt ist, kann nunmehr im Sinne unseres großen Lehrers das Programm die allgemeine als notwendig empfundene Umgestaltung erfahren. Wie jetzt schon in der Haltung gegenüber der Engels'schen Publikation aus dem Nachlaß von Marx, so wird sich bei der Revision selbst, die volle Einigkeit der Partei herausstellen, und unsere Gegner werden von Neuem, freilich immer wieder vergeblich, nach dem trennenden Keil Ausschau halten müssen.“

In der letzten Nummer der „Leipziger Zeitung“, dem offiziellen Organ der sächsischen Regierung befindet sich eine Uebersicht über die politischen Vereine im Königreich Sachsen. In dieser Zusammenstellung ist für uns interessant, daß kein einziger Verein unserer Parteifarbe angegeben ist, während die unbedeutendsten antisemitischen und national-liberalen u. Vereine getreulich registriert sind! Wir existieren doch sonst für die sächsischen Behörden, warum nicht auch, wenn man eine Statistik über die Stärke der politischen Organisation im offiziellen Regierungsblatt veröffentlichen will. Das gleiche Schicksal mit unsern politischen Vereinen theilen die Kriegervereine, über deren rege politische Thätigkeit die Mitglieder der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags so manches wenig erbauliche zu hören erhielten. Eine nette Statistik! —

Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, registriren die gegnerischen Blätter die Gründung jedes Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wir lassen ihnen gerne diese Freude, befindet sich doch unsere Partei trotz all' dieser Gründungen wohlher denn je. —

Bestechungen, um Orden zu vermittelten, sollen hohe ungarische Staatsbeamte und Parlamentarier angenommen haben. Jetzt kommt die Sache heraus und wirbeln viel Staub auf, wie immer, wenn die Korruption, von der alle Eingeweihten wissen, daß sie existirt, zur öffentlichen Kenntniss gelangt. Die Sache selbst läßt uns ganz kühl. Die Ordenslustigen, welche bestochen haben, und die Beamten und Parlamentarier, welche die Bestechungen angenommen haben, sind einander werth. —

Auch die landwirthschaftlichen Proletarier in Ungarn beginnen sich endlich zu regen. Die „Budapester Arbeiterpresse“ schreibt hierüber:

Als erstes Symptom des erwachenden Solidaritätsgefühls bezeichnen wir das Vorgehen der Feldarbeiter von Csorvász. Die Grundbesitzer vergeben in verschiedener Weise die Arbeiten, so daß z. B. beim Kultuur (Mais) vom Ertrage der bebauten Fläche ein Drittel den Arbeitern als Lohn zufällt; außerdem fordern sie jedoch anderweitige Arbeitsleistungen unentgeltlich, ferner Abgaben an Geflügel u. s. w. als ob wir noch mitten im feudalistischen System ständen. Gegen diese Extra-Ausbeutung machen nun die Csorvász Feldarbeiter Front und haben beschlossen, die Arbeit auf den Maisfeldern nur unter der Bedingung zu übernehmen, wenn die Grundbesitzer auf die bisher üblichen unentgeltlichen Arbeitsleistungen und auf die verschiedenen Abgaben verzichten. Die Grundbesitzer wendeten sich daraufhin an die Bauern in Csorvász, doch auch diese verweigerten die Annahme der Arbeit.

Bravo! So muß es auf der ganzen Linie vorwärts gehen. In der Ortsrats-Versammlung im Distrikt Komitat fand am 8. d. M. die konstituierende Generalversammlung eines Verein landwirthschaftlicher Arbeiter statt; der junge Verein zählt bereits 220 Mitglieder.

So drängt sich endlich auch den Proletariaten des Ackerbaues die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände auf und veranlaßt sie zum einmüthigen Zusammenstehen und zur Vereinigung. —

Seit einigen Jahren besitzt die Schweiz ein von der Bundesregierung subventionirtes Arbeitersekretariat, das ein wissenschaftliches Organ der organisirten schweizerischen Arbeiter ist. Jetzt hat die schweizer Regierung die Subvention des Arbeitersekretariates verdoppelt, und es wird ein zweites für die französische und italienische Schweiz eingerichtet, dessen Leitung dem Genossen Schwitznabel übertragen wurde.

Unsere deutschen Staatsmänner, die angeblich an der Spitze der Sozialreform marschiren, sind im Gegensatz zu den schweizerischen von Feindschaft erfüllt gegen alle freien Arbeiterorganisationen und gegen Institutionen wie Arbeitersekretariate und Arbeiterkammern. —

Crispien läßt die Meldung des „Hamburger Korrespondenten“, daß er Bismarck in Friedrichsruh besuchen wolle, dementiren. —

Ein Pariser Telegramm des Depeschen-Bureau „Herold“ meldet:

„In Avesne (Dep. Pas de Calais) wurde gestern der Kandidat der sozialistischen Arbeiter zum Kammerdeputirten gewählt.“ —

Die Feier des 1. Mai wird dieses Jahr in Frankreich eine weit allgemeinere sein, als im vorigen Jahre. Während damals fast nur die auf dem internationalen Kongress von Paris vertretenen Gruppen sich an der Feier beteiligten, werden diesmal sämtliche Gruppen organisirter Arbeiter Theil nehmen. Eine Arbeitsruhe ist jedoch nicht geplant, außer in vereinzelten Fällen: von der Illusion, daß unter den heutigen Verhältnissen ein Ruhetag der Arbeiter durch die Arbeiter für einen bestimmten Tag erzwingen werden könne, sind die französischen Arbeiter glücklich kurirt worden. Die deutschen Arbeiter haben sich nie einer solchen Selbstankündigung hingeegeben; das Märchen von der allgemeinen Arbeitseinstellung, welches die deutschen Arbeiter im vorigen Jahre hätten erzwingen wollen, ist beinahe ausschließlich ein Angstprodukt deutscher Spießbürger-Phantasie, die auch das andere Märchen, als Entschädigung für die ausgestandene Angst in die Welt schickt:

bloß durch die kolossale Tapferkeit der bürgerlichen Hagensüße sei das fürchterliche Attentat der Sozialdemokraten vereitelt worden.

Auch die nächste Märzfeier: der zwanzigste Geburtstag der Pariser Kommune, wird heuer großartiger begangen werden als in früheren Jahren.

In Paris wird, nach dem üblichen Versuch des Börsen-Lachaise, eine Anzahl von Versammlungen und Banketten stattfinden, darunter ein „Internationales Banket“, dem Frau Duc-Quercy und der Abgeordnete Ferroul präsidiren werden. —

Auch in England bereiten sich die Sozialisten zur Feier des 1. Mai vor. Sie wollen von einer völligen Verschiebung auf den ersten Sonntag des Mai nichts wissen, und am Freitag Versammlungen zu Ehren des Achtstundentages abhalten, sich aber auch an den Sonntags-Kundgebungen in den Parks u. s. w. beteiligen. —

Gestern hielten verschiedene Londoner Arbeiterverbände im Hydepark ein Meeting zu Gunsten der Ausständigen in Cardiff ab. Mehrere Redner sprachen sich mit entschiedenster Mißbilligung über die Rheder und deren Anwerbung freier Arbeiter aus. —

Die Enthüllungen über den gewaltthätigen Tod des Prinzen Baldwin von Belgien werden jetzt dementirt. Das spricht aber noch nicht gegen die Unrichtigkeit der Meldung. Uebrigens sind die Dementis den Enthüllungen auffallend spät gefolgt. —

Baschitsch brachte heute die Bildung des serbischen Kabinetts zu Stande und überreichte die Kandidatenliste der Regentenschaft. Er selbst übernimmt das Präsidium. —

Zu der Angelegenheit Schewitsch ist uns eine Reihe von Mittheilungen zugegangen, von denen die einen zu Ungunsten, die anderen zu Gunsten Schewitsch's sich aussprechen. Wir halten uns zu der Erklärung verpflichtet, daß für die gegen Schewitsch erhobene Anklage des Verraths an seiner Partei Beweise nicht erbracht worden sind.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Vergolder. Kollegen, wie Euch Allen bekannt sein wird, befinden wir uns in der zwölften Woche im Streik und Ihr werdet zugeben, Streiks kosten Geld, viel Geld! Es ist nicht unsere Aufgabe, Euch vorzuführen, wie viel Geldopfer wir bisher gebracht haben. Aber Eins geben wir Euch zu bedenken, daß mit den Mitteln, die bisher aus Eurer Mitte geflossen sind, unmöglich auf die Dauer unsere gerechte Forderung zu führen ist.

Kollegen, bedenkt, daß wir für Euch kämpfen, um unsere gerechte Sache durchaus zum Siege zu führen.

Wir appelliren an Euer Solidaritätsgefühl. Tragt dafür Sorge, daß in allen Werkstätten, ob groß, ob klein, doppelt und dreifach so viel gezeichnet wird, wie bisher. Denn Kollegen, wenn es so weiter, wie bis jetzt, geht, dann werden wir wohl mit unserer Sache schwerlich durchbringen. Wie Euch Allen bekannt sein wird, sollte die Auslieferung der sämtlichen Kollegen am 21. Februar erfolgen. Auf der letzten Zusammenkunft der Fabrikanten ist jedoch beschlossen, den Termin um 14 Tage zu verlängern, also bis zum 7. März.

Ihr könnt daraus ersehen, wie diese Herren vorgehen, um unsere beschiedene Forderung illusorisch zu machen. Wir beanspruchen nicht mehr; nur die uns zugestandenen 15 resp. 25 pCt. auf Silberarbeit und Ranten. Kollegen, an uns Allen wird es nun liegen, diese Zugeständnisse von damals aufrecht zu erhalten. Bedenkt, es streiken zur Zeit noch 80 Mann, darunter sind 20 Mann verheirathet mit 18 Kindern. Also nochmals Kollegen, seit Eurer Pflicht eingedenk Eurer Kollegen gegenüber.

Mit kollegialischem Gruß:
Die Kommission.

An alle Bauhandwerker Berlins und Umgegend. Genossen! Wie Ihr wißt, ist in der Delegirten-Konferenz der Berliner Bauhandwerker am 15. Februar d. J. über eine Resolution verhandelt worden, welche nochmals in öffentlichen Versammlungen jedes Baugewerbes zur Diskussion gestellt werden soll, um so die Meinung und Stellungnahme der Genossen zu dieser Resolution zu erfahren.

Das Bureau der Delegirten-Konferenz wurde beauftragt, die Resolution drucken zu lassen, und dieselbe allen Gewerkschaften zuzustellen; gleichzeitig sollen die Delegirten der Bauhandwerker zu einer Konferenz am Sonntag, den 8. März d. J. Sonntags 11 Uhr, Brunnenstraße 89, im Lokale des Herrn Johann Gnadt sich zusammenfinden, um so den Bericht des beauftragten Bureau über die Stellung der einzelnen Gewerkschaften zu der Resolution entgegen zu nehmen.

Die Vertrauensmänner resp. Beauftragten der einzelnen Gewerkschaften werden deshalb ersucht, in kürzester Zeit öffentliche Versammlungen ihres Gewerbes einzuberufen, die Resolution besprechen zu lassen, und das Resultat unverzüglich an den Unterzeichneten gelangen zu lassen, damit in der Konferenz die Beschlüsse der einzelnen Gewerkschaften ordnungsgemäß und mit größter Sorgfalt vorgetragen werden können. Sollten einzelne Vertrauensmänner oder Delegirte der Bauhandwerker noch keine gedruckten Resolutionen erhalten haben, so mögen sie sich an Unterzeichneten wenden, um dieselben sofort zu erhalten.

Das beauftragte Bureau.

J. A. Carl Thieme, Köpfer, Muppinerstr. 3.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermag sich aber gleichgültig gegen den Inhalt desselben verantworten zu werden.

Der in der Versammlung der Pankower Genossen im Jägerhaus, Schönhauser Allee, sowie der von den Berliner Genossen in der „Brauerei Friedrichshain“ gefasste Beschluß, die „Berliner Volkstraverei“, Nr. Moabit 47/49, aus dem Grunde zu boykottiren, weil angeblich der Zubehör des Lokals zu Pankow, Kaiser Friedrichstr. 60/61, seinen Saal zur Abhaltung von Versammlungen den Arbeitern überwiegt, ist den Genossen zur Aufhebung des wegen zur Verhinderung zu empfehlen, indem die jetzigen wie zukünftigen Inhaber dieses Etablissements schriftlich der Lokalkommission von Pankow in Gegenwart von Zeugen erklärt haben, daß sie ihren Saal sämtlichen Arbeitern nicht vorzuziehen gewillt sind.

Otto Heindorf, Mitglied der Berliner Lokalkommission.

Wesentliche Anfrage. Genossen, welche mit genauen Aufschluß über das für die Kreise Nieder-, Ober-Barnim und Teltow-Bezirk geplante Parteiblatt geben können, ersuche ich, diese Mittheilungen recht bald an mich gelangen zu lassen, da ich so nicht im Stande bin, alle Anfragen, welche in dieser Angelegenheit an mich gerichtet werden, zu beantworten. G. Schöder, Vertrauensmann für Bernau, Weidenstr. 142.

Theater.

Dienstag, den 24. Februar.
Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Lesing-Theater. Der Probepfeil.
Berliner Theater. Goldfische.
Deutsches Theater. Die Kinder der Exzellenz.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Der Vogelhändler.
Wallner-Theater. Miß Helgott.
Residenz-Theater. Der selige Loup.
Adolph-Ernst-Theater. Adam und Eva.
Victoria-Theater. Die sieben Raben.
Belles Alliance-Theater. Pension Schöller.
Stend-Theater. Brot.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Sebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
 Dienstag, den 24. Februar:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung
 mit neuem, aus 10 der besten Repertoire-Nummern bestehendem Programm.
 U. A. zum 1. Male: 12 in Freiheit dressierte Geiß, vorgeführt vom Clown **Samt.** (Parodie.)
 Zum Schluss der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Die Marionetten
 oder:
 Fäusungen in ein. Damen-Pensionat.
Sensationelle Wasserphantomie
 in 2 Abteilungen.
 Arrangiert vom Direktor G. Schumann.
Sanz neue Erfindungen.
Spezialität: Die Wassernymphen.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
Die Marionetten.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andross,** Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Siedersängerin.
Paul Jöhlich, Gesangs-Humorist.
Mr. Goswin, Musik. Neger-Clown.
Frl. Bonné, Kostüm-Soubrette.
Gehr. Corradini, Tanz-Duettkisten.
Mons. Bernard, Schnellzeichner.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
 50 Pf. und 70 Pf., in Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion **A. Ködman.**
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Gängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor **H. Sanftleben.**
 Wochentags: **Frei-Concert.**
 Sonntags Entree 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards,
 8 Regelmäßig und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 **F. Sadtke.**



Passage-Panopticum.
 Unter d. Linden 22/23.
Knabe
 mit 2 Köpfen.
Amerikanerin
 m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Gedn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Echt Pagenhofer Bier-Ausgang und Verlag, 4/10 Liter 10 Pfennige,
 30 Flaschen 3 Mark, von **C. Krause,**
 Schützenstr. 46/47. 596b

Grosse öffentliche

Volks-Versammlung für Männer und Frauen

am Mittwoch, den 25. Februar, Abends 8 Uhr,
 im Etablissement „Königshof“, Bülow-Straße 36-37.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Th. Glocke** über: **Der Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. 336
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer im Auftrage des Vertrauensmannes.

Fachverein der Tischler.

Donnerstag, den 26. d., Abends 8 1/2 Uhr,
 in „Orschel's Salon“, Sebastianstraße 39:
Ausserordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung: 818
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Lütgenau** über: „Sozialismus und Kirche“.
 2. Diskussion. 3. Statutenänderungs-Anträge, Anträge bezügl. Unternehmung der ausgesperrten Tabakarbeiter Hamburgs und der Mainzer Tischler. 3. Verschiedenes und Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.
 NB. Die von der Gewerbe-Deputation bewilligte Unternehmung zum Besuch der **Handwerker-Schule** wird in dieser Versammlung ausgeführt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Mitglieder-Versammlung des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises

am Mittwoch, den 25. Februar, Abds. 8 Uhr, in Mohrmann's Salon,
 Große Frankfurterstraße 117. 339
 Tages-Ordnung:
 1. Die Sozialdemokratie und Eugen Richter. Referent: **R. Schmidt.**
 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten.
 Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
 Die Zahlstellen befinden sich im Osten bei **G. Tempel,** Breslauerstr. 27, parterre; **D. Heindorf,** Langestr. 70, part.; **Loth. Friedrichsbergerstr. 11,** part. Im Südosten bei **S. Stabernack,** Wrangelstr. 85, Zigarrengeschäft; **R. Scholz,** Wrangelstr. 92; **F. Zubeil,** Naumannstr. 86, part.; **G. Schulz,** Rottbuscher Platz, Zigarrengeschäft. Dasselbst werden neue Mitglieder aufgenommen.

Grosse öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

am Dienstag, den 24. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Wedding-Park, Müllerstraße 178.
 Tages-Ordnung: 1. Die Krankheiten und Sterbefälle, besonders bei Frauen und Kindern, wie hilft der Staat, wie helfen wir uns selbst? Referent: **Reichstags-Abgeordneter Heine.** 2. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. 592 b

Große öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

am Dienstag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr,
 in Jiges Salon, Wilsonstraße Nr. 60 (Moabit).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: Die Ursache der Prostitution. Referent: **Stadtvorord. Heindorf.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Die Agitations-Kommission.

Achtung! Schneider und Schneiderinnen. Achtung! Deutscher Schneider- u. Schneiderinnen-Verband.

Filiale Berlin III.
 Mittwoch, 25. Februar, in Hensels Festsälen, Invalidenstr. 1a:
Mitglieder-Versammlung.
 Zu dieser Versammlung hat Reichstags-Abgeordneter **W. Schmidt-Frankfurt** das Referat übernommen. Alle in der Schneider-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind freundlichst eingeladen. 270

Große öffentliche Versammlung der Weissgerber und Berufsgenossen

heute, Dienstag, den 24. Februar cr., Abends 8 Uhr,
 in Knebel's Salon, Badstraße 58. 346
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Péus** über: „Die Siegesgewissheit der Sozialdemokratie“. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über den 1. Mai. 4. Bericht-erstattung der Delegierten zur Berl. Streik-Kontrollkommission. 5. Verschiedenes.
 Die Kollegen werden ersucht, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Einberufer.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstraße 3.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen.

Festrede
 von
Wilhelm Liebknecht.
 4 Bogen 8°. — Preis 25 Pf.

Durch politische Macht zur Freiheit, um durch sie allen Volkst-
 kreisen die Bildung zugänglich zu machen, ist eine mächtige Trieb-
 feder der modernen Arbeiterbewegung. Gerade jetzt dürfte diese
 Schrift Liebknechts zur weitestgehenden Verbreitung geeignet sein, wo die
 Gegner mit allen ihren geistigen Waffen die Sozialdemokratie be-
 kämpfen wollen. „Wissen ist Macht“ zeigt, mit welcher Art Bildung
 die Bourgeoisie die Proletarier absperrt, während sie für sich und
 ihre Söhne alle Schranken des Wissens offen hält.

Kaufleute, Handlungsgehilfen, Gehilfinnen!

Dienstag, den 24. Februar, Abends 9 Uhr, 33
 im Saale der „Livoli-Brauerei“:
Massen-Versammlung.
 Einziger Punkt der Tagesordnung: „Wollen wir eine wirkliche
 Sonntagsruhe erlangen oder nicht?“ 611b
 Die Kommission für Regelung der Sonntagsruhe der Kaufleute.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Droschkentutcher Berlins

am Donnerstag, den 26. Februar, Abends 9 Uhr,
 im großen Saale des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee.
 Tages-Ordnung:
 1. Die politischen Parteien des Reichstages; die Droschkentutcher Berlins
 und welcher Partei haben dieselben sich anzuschließen, um eine Besserung ihrer
 sozialen Lage herbeizuführen? 2. Diskussion.
Referent: Reichstags-Abgeordneter Herr A. Heine.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. — Sämtliche
 Herren Droschkentutcher werden ergebend ersucht, recht pünktlich zu erscheinen.
Der Einberufer. 143

Grosse öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

am Dienstag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr,
 im Lokale „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Stadtverordneten **Otto Klein** über: „Die Stellung der
 Sozialdemokratie zur Gewerbe-Novelle.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. 153
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Frau Feder,** Wienerstr. 55.

Große öffentliche Versammlung der Marmor- u. Granit-Arbeiter Berl. u. Umg.

am Donnerstag, den 26. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
 in „Deigmüller's Salon“, Alte Jakobstraße Nr. 48a.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zum 1. Mai. Referent: **J. Stop.** 2. Diskussion.
 3. Stellungnahme event. Wahl eines Delegierten zur Konferenz der Bauhand-
 werker Berlins. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Einberufer. 290

Große öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins u. Umgegend

am Donnerstag, den 26. Februar, Abends 7 Uhr,
 in „Gratweil's Bierhallen“, Kommandantenstraße 77-79.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zu der Resolution der Delegierten der Berliner Bau-
 handwerker-Konferenz. 2. Gewerkschaftliches. 316/3
 Da die Tagesordnung eine wichtige ist, ersucht um zahlreiches Erscheinen
 der Kollegen.
Der Einberufer: C. Thiemo.

Der Maskenball der Lohgerber und Lederzurichter Berlins

findet am Sonnabend, den 28. Februar,
 im Lokale „Königsbank“, Gr. Frankfurterstr. 117, statt.
 Freunde sind willkommen. — Billets à 50 Pf. sind zu haben bei:
H. Krawczaki, Amalienstraße 9; **G. Basso,** Sophienstraße 28/29; **E. Herzog,**
 Restaurateur, Biesenthalerstr. 19 und **Zabel,** Restaurateur, Möglinerstraße und
 Frankfurter Allee-Öde. 105

Neu! Stuttmeyer's Frucht-Syrup. Neu!

ist das billigste, gesündeste Volks-Nahrungsmittel. Bester Ersatz für
 Sutter und Zucker. Vorzüglich zur Bereitung von Saucen, Gemüße etc.
 geeignet. Besonders zur Linderung von Husten und Heiserkeit empfohlen.
 Zu haben in allen Kolonialwaaren-, Mehl- und Vorkaufhandlungen
 Berlins und Vororten, sowie im Verkaufslokal: **Grüner Weg 43.**
 Man fordere ausdrücklich: „Stuttmeyer's Frucht-Syrup“.
Händler erhalten löhnende Preisermässigung.

Möbel a. Theilz. Hugo Lewent, Lothringerstr. 75.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstraße 3.

Zu zweiter Auflage erschien soeben:
Die Bestrebungen der Sozialdemokratie
 beleuchtet vom

Irr-Sinn Eugen Richter's.

4 1/2 Bogen 8°. Preis elegant broschirt 25 Pfennige.
 Wir empfehlen diese gegen die bekannte Richter'sche Schrift
 „Die Irrlehren der Sozialdemokratie“ gerichtete Broschüre den
 Parteigenossen im Reiche zur ausgedehnten Verbreitung, besonders in
 indifferenten und gegnerischen Kreisen. Sie bietet erschöpfendes, über-
 zeugendes Material zur Widerlegung der Richter'schen Irrlehren und
 wird als solches für öffentliche Volksversammlungen mit obigem Thema
 erspriessliche Dienste leisten. Unter dem Richter'schen Nachwerk steht
 die Bourgeoisie, der brutale Kapitalismus, der durch seine Mittel das
 selbe im ganzen Reiche kostenlos vertreiben läßt.
 Zeigen wir ihm, daß wir am Platze und bestrebt sind, die wahre
Erkenntnis über unsere Bestrebungen bis in den dunkelsten Winkel
 Deutschlands bringen zu lassen.

Für Parthiebezüge hohen Rabatt.

wo sie stattfinden, liegt kein Anlaß vor, sie zu verbieten. Da kennt der Herr Regierungsrath doch wohl die praktischen Verhältnisse nicht. Im Kleingewerbe wird noch sehr vielfach am Sonntag gelöhnt. Der Arbeiter wird dadurch vielfach zur Sonntagsarbeit gezwungen. Mancher Arbeiter hat ferner einen weiten Weg zurückzulegen, muß also einen Theil des Sonntags opfern, muß antischwandern, bis es dem Unternehmer gefällt, von seinem Frühshoppen aufzubrechen und dem Arbeiter seinen schon am Sonnabend Abend wohl verdienten Lohn auszuzahlen. Die Regierung scheint allen Vorschlägen zur Einschränkung und Verschlechterung der ursprünglichen Vorschriften zuzustimmen, während sie sich ablehnend dagegen verhält, die Rechte der Arbeiter auszudehnen. Das zeigt sich auch schon bei dem Antrage des Hain-Männerkollegiums, der eine Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen zu einem höheren, den ortsüblichen Satz nicht übersteigenden Preise zulassen will. Einen „ortsüblichen“ Preis können Sie nur durch Umfrage bei den Unternehmern feststellen. Diese haben es also auch hier, ebenso wie bei den Kartellen, Truhs und Ringen, in der Hand, beliebig hohe Preise zu ihrem Vortheil festzusetzen. Namentlich die Herren, die nicht Manchestermänner sind, sollten sich sträuben, der kapitalistischen Ausbeutung Thät und Thor zu öffnen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag des Hain-Männerkollegiums abzulehnen und nicht in ein Verbot des Trudsystems eine noch viel härtere Ausbeutung hineinzuschmuggeln. Ich wünschte, die Subkommission hätte sich mit ihrer Thätigkeit zwischen der ersten und zweiten Kommissionierung begnügt, und wäre nicht bis zum letzten Athemzug bemüht, Verschlechterungen in das Gesetz zu bringen.

Herr Rath Lehmann: Die Empfehlung des Antrags Guttschick durch den Vertreter der verbündeten Regierungen ist einfach daraus zu erklären, daß der Antrag dasjenige, was ohne jede Einschränkung zulässig war, die Ablassung von Werkzeugen und Stoffen zu höheren Preisen, an ganz bestimmte Bedingungen bindet. Nach 1888 angelegten Erhebungen ergibt sich, daß die Auszahlung des Lohnes am Sonntag höchst selten erfolgt. Die Ausführungen des Herrn Singer über diesen Gegenstand waren aber entweder Phantasie oder Karrikatur.

Herr v. Stamm: Heute dürfen alle Gegenstände, welche in dem § 115 ausdrücklich genannt sind, zu jedem beliebigen Preise an die Arbeiter verkauft werden. In dieser Beziehung schaffen wir eine ganz außerordentliche Erleichterung für die Arbeiter. Die Konsumvereine sollen nicht mehr protegiert werden. Wenn Herr Singer von Sklaverei spricht, so bedenke man, daß die Arbeiter eine viel härtere Ausbeutung, wenn sie ihren Genossen den Besuch gewisser Brauereien untersagen, wenn sie Herrn Liebnecht verbieten, in die Philharmonie zu gehen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wöchentliche Lohnzahlung ist ja vielfach möglich; bei Alfordarbeiten aber in Fällen, wo ein sogenannter Generalakkord abgeschlossen ist, z. B. in Holzwerken, unmöglich. Bei den Tausenden meiner Arbeiter ist tägliche Abschlagszahlung eingeführt; die Arbeiter sind damit sehr zufrieden.

Herr Müller: Den besonderen Kerger der Sozialdemokraten erregt vor Allem der von uns beantragte Zusatz gemäß dem Antrage Guttschick. Was wir hier wollen, ist in der ganzen Konfektion, in der Schuhmacherei u. s. w. gang und gäbe. (Zwischenruf links: Zum Schaden der Arbeiter!) Nicht zum Schaden der Arbeiter. Die erhöhten Preise sollen doch die ortsüblichen nicht übersteigen und außerdem vorher vereinbart sein. Daß einzelne Fabrikanten sich vereinigen und beliebige Preise machen könnten, ist unmöglich. Die Waaren sollen zum Detailpreise angedreht werden. (Auf bei den Sozialdemokraten: Das ist das Unrecht!) Das ist kein Unrecht. Die Anrechnung zum Engrospreise würde den großen Fabrikanten, der viel billiger einkaufen kann, den kleineren Gewerbetreibenden gegenüber ungebührlich begünstigen. Den Antrag nehme ich abzuwehren.

Herr Schäfer (3.): Auch wir haben in der Kommission Anträge auf Nachzahlung am Sonnabend, Sonn- und Festtage und in Gast- und Schankwirtschaften, sowie auf wöchentliche Auszahlung gestellt, aber sie waren aussichtslos. Wir haben uns dann mit der Erregungsfähigkeit begnügt, welche in der historischen Bestimmung liegt. Den Antrag nehme ich nicht annehmen, obwohl ich seine Tendenz vollkommen billige. Die Wichtigkeit der erwähnten Forderungen wird aber in § 117 festgelegt.

Die Diskussion wird geschlossen.
Herr Regner zieht nach den Ausführungen des Abgeordneten Schäfer für heute seinen Antrag zurück.
Unter Ablehnung der Anträge Auer wird § 115 mit dem Antrag Guttschick angenommen.
Um 6 Uhr wird die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Tokales.

Der Markthaltenbau in der Eisenbahnstraße findet gegenwärtig den Mauerern Berlins und auch allen anderen Leuten so recht deutlich den Beweis, wie nötig eine feste Organisation der Berliner Mauerer nicht bloß zur Wahrung ihrer eigenen Interessen sondern auch zur Wahrung der Interessen der Allgemeinheit ist und wie berechtigt und notwendig die von den Berliner Mauerern angeführten Forderungen sind. Dort auf dem Markthaltenbau wird jetzt in einer Weise gearbeitet, daß man denken muß, die Mauerer wollen dort in denkbar kürzester Zeit einen neuen Stadtteil errichten. Alfordarbeit und Sonntagsarbeit sollen das Werk fördern; es ist jetzt die dem Unternehmer günstige Jahreszeit und so sieht man hier die Mauerer seltsamer Weise bei Taglicht und bei Lichterbeleuchtung beschäftigt. Diese Beleuchtung ist bei der sehr schwierigen Jugenarbeit völlig unzureichend; allein es wird ja im Alford gearbeitet und wenn etwa ein Mauerer gewissenhaft genug wäre, so sagen, daß er die bei solcher Bauart entstehende Gefahr nicht verantworten könne, so würden hunderte andere, die arbeitslos vor der Thür stehen, sofort zu dieser Arbeit bereit sein. Am vorigen Sonntag hatten die Alfordarbeiter ein sogenanntes Koppen-gewölbe fertiggestellt. Am Montag sollte die Jagdarbeit fortgesetzt werden und zunächst wurde die Unterschaltung, auf der das Gewölbe hergestellt ist, fortgenommen. Allein das solide Alfordgewölbe konnte diese Stöße nicht erdulden und mit der Stärke stürzte das ganze Gewölbe unter Kanonenschuß ähnlichem Geräusch zusammen. Als die Mauerer sich von ihrem Schrecken erholt hatten, bemerkten sie einen der übrigen, den Mauerer Hofe, der sich blutüberströmt aus den Mauererlöden hervorarbeiten suchte. Die anderen drei Mann von der betreffenden Kolonne waren wiederum mit dem bloßen Schrecken davon gekommen. Das ist der Segen der Alfordarbeit. Nun kommt vielleicht auch noch der Staatsanwalt, um nachzusehen wer die Schuld an diesem Einsturz trägt und dann reisen die weiteren Früchte der Alfordarbeit in — Plöhensee.

Das städtische „Armenland“ wird gegenwärtig wieder vertheilt. Die „armen“ Leute sollten jetzt, im Februar schon wissen, ob sie im Sommer in der Lage sein werden, die von dem hochwohlwollen Magistrat zur Auslastung gelieferter Kartoffeln von dem „Armenlande“ einzuernten. „Armenland!“ eine merkwürdige Bezeichnung für einen Flecken Acker, der gerade groß genug ist, um zwei Scheffel Kartoffeln daraus anzuzüchten und wofür der „Arme“ 7 M. 50 Pf. zu bezahlen hat. Ebenso merkwürdig wie diese Bezeichnung ist auch das Gebahren mancher Armen-Kommissionsmitglieder denjenigen Leuten gegenüber, die sich um die Ueberlassung von Armenland bewerben. In der Schönhauser Allee wohnt so ein Herr, der seit etwa vierzehn Tagen alle die „Armen“, welche wegen des städtischen Kartoffellandes bei ihm nachfragten, grünnig anschnauzte, und auf vierzehn Tage später besetzte. Als die Leute dann wieder kamen, ließ es ebenso höflich; die Listen sind schon abgeschickt. Ueberall aber klagten die Frauen,

die bei dem Herrn „Armenbeamten“ gewesen waren, über die von diesen geübte grobe Behandlung. Nun, dachte Frau K. in der Schönhauser Allee, auf einen großen Klotz gehört ein großer Keil und machte dem Herrn Armenkommissarius ebenfalls ihren Besuch, um sich für die Uebergebung von Armenland zu bewerben. Die Unterhaltung bei dieser Gelegenheit war zwischen den beiden so interessant, daß wir dieselbe wiederholen. Also Frau K. kommt Nachmittags zu dem Herrn Armenkommissar, der sie mit den liebenswürdigen drei Fragen empfängt: Was wollen Sie? Warum kommen Sie? Wer schickt Sie?
„Ich komme wegen Kartoffelland!“
„Warum kommen Sie so spät?“
„So spät? Sie haben doch von 4—5 Sprechstunde; jetzt ist es 1/2, das nennen Sie spät?“
„Die Listen sind nicht mehr hier; am 15. war schon Schluss!“
„Das ist sehr unrecht, daß kein Mensch weiß, wann man sich melden soll.“

Ja, da müssen Sie sich bei der Behörde beschweren; ich werde Sie doch mit ausschreiben; bekommen werden Sie aber doch nichts; wo sollen wir denn die Kartoffeln alle hernehmen; so viel haben wir nicht. Es haben sich ja über 60 Frauen schon gemeldet.

Ja wohl, das ist immer so. Leute mit vielen Kindern sollen zuerst berücksichtigt werden; nachher aber bekommen Beamtenfrauen, die zwei eingetragene Kinder haben, das Land; die verkaufen dann die Kartoffeln auf dem Felde und tragen das Geld auf die Sparkasse. Da kann Herr v. Jordanbeck schon sagen: Es gibt keinen Nothstand in Berlin!

Damit war die Unterhaltung zu Ende. Die armen Frauen aber, die nun noch mal von dem Herrn Armenkommissarius sich Bescheid holen müssen, ob sie „Armenland“ bekommen, werden wohl wieder das liebenswürdige Betragen des Armenkommissars mit in den Kauf nehmen müssen.

Jedenfalls verursacht diese Verleihung von Armenland in Berlin eine solche Menge von Säuerleien und Bemühungen, daß dieser Zweig der hauptsächlichsten Landwirthschaft eben nur für die Armen und auch für diese nur in geringem Maße lohnend ist. Aber es ist immer interessant zu sehen, wie die Berliner Gemeindebehörden das große städtische Geheimniß auf die Armen wirken lassen, indem sie ihn der „Natur“ näher bringen. Wer noch all den Nöthigen durch die Auslastung von zwei Scheffeln Kartoffeln auf Berliner Armenland nun noch nicht für die Berliner kaberhaltenden Grundbesitzer der Gemeindeverwaltung besorgt ist, der bleibt ganz sicher ein ruckloser Bismarck oder am Ende gar — was vielleicht noch schlimmer ist — ein Sozialdemokrat.

Auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege. Vor Kurzem erschien in hiesigen Zeitungen folgendes Inserat:
„Ein junger Arzt wünscht sofort ein freundliches junges Mädchen zur Aufwartung und zum Empfang von Patienten in seiner Abwesenheit. Bedingungen: Schreibgewandtheit, hübsches Aussehen und keine groben Hände. Täglich zwei Stunden.“

Durch dieses Inserat veranlaßt, begab sich vor einigen Tagen ein junges Mädchen, nachdem es auf die unter bestimmten Schiffe abgegebene Bewerbung die Korresse des Inserenten und die Aufforderung, sich vorzustellen, erhalten hatte, in Begleitung einer Freundin zu dem vermeintlichen Arzte. Derselbe empfing die beiden Mädchen und führte die Bewerberin in sein Privat-kabinett, während deren Begleiterin in dem ersten Zimmer zurückblieb. In dem Privatkabinett wollte der Mann die Bewerberin untersuchen, und als diese ablehnte, stellte ihr der Zubringliche unlaute Anträge. Als diese ebenfalls mit Entschiedenheit zurückgewiesen wurden, verachtete der Mann der jungen Dame Gewalt anzuwenden, und er hätte sein Vorhaben auch ausgeführt, wenn nicht die Begleiterin, durch den Lärm im benachbarten Zimmer in Angst versetzt, an die Thüre geklopft und gleich darauf als Retterin der Bedrängten in das Zimmer getreten wäre. Die beiden Mädchen entfernten sich, und die Verwandten derselben verständigten die Polizei von dem Vorfalle. Die Ermittlungen der Behörden führten zur Feststellung der Thatfache, daß der angebliche Arzt gar kein Arzt, sondern der verbreitete Kaufmann G. ist, der verhöflet und gefehrt wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden ist. G. hat erklärt, daß ihm auf sein Inserat hin nicht weniger als 127 Anerbietungen von jungen Damen zugegangen sind, und es fanden sich in seinem Besitze zahlreiche Briefe, in denen die Bewerberinnen ihre Reize eingehend schilderten. Die Org dieser Wählung gewirksamkeit haben mag, kann man aus dem Umstand schließen, daß er auch noch in einer anderen Straße ein Zimmer gehabt hat, in dem er die Besuche von jungen Mädchen empfing. Diese Zimmer hat er auch gelegentlich Freunden zur Benutzung überlassen. Die Behörden werden sich eingehend mit seinem Treiben beschäftigen.

Der Konkurs und die Verhaftung des Kaufmanns G. wegen betrügerischen Bankrotts erregt im Norden Berlins großes Aufsehen. G. betrieb in der Invalidenstrasse ein Modes-, Weiß- und Wollwaarengeschäft an gros et en detail. Er lebte auf großem Fuße, hatte zwei Wohnungen, eine in Berlin und eine in der Wollankstrasse zu Pankow und galt allenthalben als reicher Mann. Kürzlich blieb er aus dem Geschäft fort, er galt als verreckt, das Personal merkte erst, was die Glocke geschlagen hatte, als das Geschäft verschlossen und verriegelt wurde. Sehr bald stellte sich heraus, daß G. in letzter Zeit große Waarenposten auf Kredit bezogen und dieselben verrentet und verfehlt hatte. Nach wenigen Tagen vor dem Ausbruch des Konkurses hatte er für 20000 Mark wolkere Decken von einer Firma in Desseldorf bezogen und sofort lombardirt. Es wurde daher ein Haftbefehl gegen G. erlassen. Wenn auch angenommen werden konnte, daß der Gesuchte längst über alle Berge sei, so wurden doch die Wohnungen desselben überwacht, in Berlin durch die Kriminalpolizei, in Pankow durch Gendarmen und Amtsdienner. G. ließ sich jedoch nicht sehen. Da fiel es dem Pankower Amtsdienner ein, daß G. häufig in einem bestimmten Lokal in der Wollankstrasse verkehrt hatte. In der Annahme, daß derselbe vielleicht wieder nach dem Lokale kommen könnte, um Erkundigungen einzuziehen, begab sich der Amtsdienner eines Abends dorthin. Das Glück war ihm günstig, kaum hatte er das Lokal betreten, da erschien auch G. und bestellte sich eine Portion Nüdel. Der Beamte ließ ihn erst ruhig essen, dann lockte er ihn unter einem harmlosen Vorwande nach dem Amtsbureau, wo die Verhaftung erfolgte. Der Verhaftete hat wiederholt, ihn erst einmal nach seiner Wohnung zu führen, und als ihm dies verweigert wurde, wollte er nach dem Kloset, anscheinend um einen Selbstmordversuch zu machen. Seine Absicht wurde jedoch erathen und vereitelt. Anderen Tages erfolgte seine Ueberführung nach Moabit. Es ist festgestellt worden, daß G. noch während der Zeit, wo er bereits verschwunden schien und geflüchtete, in einer Kellerkammer eine Beche von über 70 M. gemacht hat, das erschwandelte Geld scheint also für ihn nicht viel Werth gehabt zu haben.

Ein alter Schwindel, der noch immer „zieht“. In neuerer Zeit sind zur Kenntniß der Kriminalpolizei wieder zahlreiche Fälle gekommen, in denen geschäftsunfähige Personen, namentlich Frauen, durch Agenten von sogenannten Karten-geschäften betrogen worden sind. Derselben vertreiben meist glänzend ausgehaltene Bezugscheine auswärtiger Posten (vorzugsweise von Barletta, Venezianischen und ähnlichen Loosen) und müssen dabei nicht genug zu erzählen von den namhaften Gewinnen, welche auf dieselben schon gefallen sind resp. noch zur Auslosung gelangen. Mäucher, der mit solchen Dingen nicht Bescheid weiß, läßt sich verleiten, einen solchen Bezugschein anzunehmen und Zahlungen darauf zu machen. Am Sonnabend ist nunmehr wiederum ein solcher Agent, der Kaufmann L., verhaftet worden. Derselbe hatte mehreren Frauen Bezugscheine der „Frankfurter

Karten- und Kartenbank von Zimmermann“ und der „Staats-loose- und Effektenhandlung von Lübeck“ ausgeschrieben und auch Anzahlungen darauf erhoben; die in Aussicht gestellten Quittungen der Geschäfte sind jedoch nicht eingetroffen, woraus Anzeige bei der Polizei erstattet wurde, in deren Folge die Verhaftung eintrat. Die Firma Lübeck, früher in Berlin, jetzt Villa Schönau bei Steglitz, ist eine in der „Branche“ sehr bekannte; der Inhaber betrieb diese Art Geschäfte von jeher in größtem Umfange und ist bereits mehrfach bestraft. Im vorliegenden Falle behauptet Zimmermann in Frankfurt, die Anzahlungen seien nicht an ihn abgeführt worden, und Lübeck erklärt sogar, daß die betreffenden Scheine ihm geföhlen sein müssen. Ob die Bezugs-scheine überhaupt einen Werth haben, bedarf noch näherer Feststellung; das ganze Manöver ist jedenfalls ein gefährlicher Schwindel, vor dem nicht nachdrücklich genug gewarnt werden kann.

Todtschlag. Gestern früh um 3/4 Uhr wurde durch eine Schutzmannspatrouille auf dem Promenadenwege am Friedrichshain die Leiche eines Mannes gefunden, der eine tiefe Stichwunde hinter dem Ohre hatte und erst vor kurzer Zeit verstorben sein konnte. Der Verlorbene ist, wie polizeilicherseits festgestellt werden, der Schlächtergeselle August Pollack, welcher Thierstr. 3 bei seinem Onkel, dem Schlächtermeister Steuer wohnte. Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß Pollack mit zwei jungen Leuten, die ebenfalls bei Steuer wohnten, vorgestern Abend in den Heusenfer war und daß alle drei, Pollack in ziemlich ange-trunkenem Zustande, vorgestern Nacht gegen zwei Uhr den Heimweg angetreten haben. Unterwegs hat Pollack, der als ein händelsüchtiger Mensch geschilbert wird, verdächtige Personen angerempelt, insbesondere auch in der Ebingenstrasse zwei Männer, welche mit zwei Frauenpersonen gingen. Ohne daß er weiter gereizt worden wäre, hat P. einem dieser Männer, dem Schrauben-dreher Bergemann, mit einem Messer eine erhebliche Verletzung zugefügt. Bergemann und sein Begleiter lächelten nun, fanden aber im Friedrichshain Bekannte und machten sich nun an die Verfolgung des Pollack. Die Wohnungsgenossen des P. ergriffen, als sie die Verfolger herankommen sahen, auch die Flucht, haben aber noch bemerkt, daß P. in einem Dachraum beschliffen war, eingeholt wurde und von einem der Verfolger einen Schlag erhalten hat, infolge dessen er zu Boden gefallen ist. Auffallend ist es, daß bei der Leiche des P. weder seine silberne Zylinder-Uhr mit Goldrand und Sekundenzähler, noch das schwarze Lederne Portemonnaie mit weißem Schloß, in welchem sich nach der Schätzung seiner Begleiter 15 bis 20 M. befunden haben müssen, aufgefunden worden sind.

Stegflüg. Die Lokalkommission läßt noch folgende Wirths, welche Arbeiterblätter auslegen, bekannt machen: 1. Schielebein, Schildhornstraße, 2. Reinert, Dippelstraße, 3. Heinrich, Albrechtstraße, 4. Schulz, Teichstrassen- und Birkenstrassen-Gäß.

Polizeibericht. Am 20. d. M. Mittags fiel ein Mann vor dem Hause Andreasstraße 26 beim Absteigen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen zur Erde und erlitt an-scheinend schwere Verletzungen am Fuß. — Nachmittags sprang eine Frau in der Nähe der Markschallbrücke in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charite gebracht. — In derselben Zeit brach im Dachstuhl des Quer-geländes des Grundstücks Waldemarstr. 59 Feuer aus, welches so schnell um sich griff, daß die in einem Dachraum beschäftigten 4 Drechslergesellen sich kaum zu retten vermochten. Zwei derselben stürzten mit großer Gefahr die Treppe hinab, wobei der eine, Dachdecker Neumann, durch Glasscherben so bedeutende Verletzungen am Arm erlitt, daß er nach dem Krankenhaus verbracht werden mußte. Die beiden anderen Gesellen kletterten auf das Dach und wurden mittelst Sprungtuchs gerettet. — Am 21. d. M. Vormittags wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Mittelstraße mit einer Schußwunde im Kopfe todt aufgefunden. — Nachmittags wurde am Garten-Ufer die schon fast in Verwesung übergegangene Leiche einer unbekanntem Frauenperson aus dem Wasser gezogen und demnächst nach dem Schauhaufe geschafft. — Abends fiel eine Frau auf der Velleallianzbrücke beim Absteigen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahn-wagen zur Erde und zog sich dadurch eine Verstauchung des Oberarmes zu, so daß sie mittelst Droschke nach ihrer Wohnung gebracht werden mußte. — In derselben Zeit wurden zwei Arbeiter an der Ecke der Forsterstraße und des Kottbuser Ufers von unbekanntem Personen überfallen und durch Messerstiche bedeutend verletzt. — In der Nacht zum 22. d. M. wurde eine Frau mit einer schweren Verletzung am Kopfe, welche ihr angeblich von ihrem Ehemanne beigebracht worden war, indem er ihr eine Petroleumlampe an den Kopf geworfen hatte, nach der Sanitätswache in der Poststraße und von dort auf Anordnung nach der Charite gebracht. — Am 23. d. M. Morgens wurde in der Wohnung eines Mädchens in der Schönhauser Allee 80, das von ihr am 20. d. M. geborene Kind neben der Mutter im Bette liegend erstickt vorgefunden. Da der Verdacht vorlag, daß dieselbe die Kind vorsätzlich getödtet hat, wurde es als Gefangener nach der Charite überführt. — In derselben Zeit sprang ein Mann nahe der Potsdamerbrücke in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charite gebracht. — Nachmittags wurde in der Säuerburgerstraße, nahe der Poststraße, das vor einen Jagdwagen gespannte Pferd eines hiesigen Maurermeisters sehr und prang mit dem Wagen über die Vorbahn auf den Bürgersteig. Hierbei wurden die drei Insassen des Wagens aus demselben herausgeschleudert und erlitt ein Mädchen einen Bruch des rechten Beins, während der Eigentümer des Wagens nur eine Quetschung der rechten Körperseite davontrug und seine Ehefrau unverletzt blieb. — Abends fiel ein Droschkenschwäger an der Ecke der Kurfirster- und Oranienstraße infolge eines Fehltritts zur Erde und brach den linken Unterschenkel. — In derselben Zeit wurde eine Frau mit ihrer zweijährigen Tochter an der Ecke der Garten- und Invalidenstrasse von einer Droschke überfahren und erlitten beide anscheinend schwere Verletzungen. — In der Nacht zum 23. d. M. wurde auf dem Promenadenwege im Friedrichshain, gegenüber dem Hause Ebingenstr. 9, die Leiche eines unbekanntem Mannes mit einem Messerstich am Halse aufgefunden. Da die Schlagader verletzt war, scheint der Tod durch Verblutung eingetreten zu sein. — Am 21. und 22. d. M., sowie in der darauffolgenden Nacht fanden acht Brände statt.

Berichts-Beitrag.

Auf Straßensand lautete die Anklage gegen den vielfach vorbestraften Schlächter Friedrich Keil, welcher gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. stand. Am Abende des 18. Dezember vorigen Jahres lernte Keil den Maler Schumacher in einer Dostille kennen. Er bemerkte dabei, daß der Bekrte eine Uhr und ein ziemlich inhastrisches Portemonnaie besaß und von diesem Augenblicke wich er nicht von dessen Seite. Als sie auf dem Heimwege durch die Invalidenstrasse eine wenig besaute Gegend durchschritten, brach Keil plötzlich einen Streit mit seinem Begleiter vom Haupte, ließ ihn zu Boden und raubte ihm Uhr und Portemonnaie. Der Thäter suchte mit der Wende das Weite. Bei der außerordentlichen Frechheit, mit der die That begangen war, konnte von Jubilung mildernder Umstände nicht die Rede sein, das Urtheil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Durch praktische Anwendung einer Photographie ist ein schlan angelegter Betrag vereitelt und der Thäter ergriffen worden. Der gestern auf der Anklagebank der 99. Verhandlung des Schöffengerichts befindliche Handlungs-Kommissar Gustav Schade benutzte kurz vor Weihnachten die Bahn von Sletten nach Berlin. Unterwegs lernte er einen jungen Reisegeldführer kennen, der ihm mit unnötiger Offenheit erzählte, daß er

Sohn eines Stettiner Großkaufmannes sei, der, mit genügenden Mitteln ausgestattet, eine Vergnügungstour mache und zunächst Berlin kennen lernen wolle. Nachdem der Angeklagte ihn nach Kräften ausgefragt, trennten sie sich nach der Ankunft in Berlin. Zwei Tage darauf erhielt der Stettiner Kaufmann eine Depesche von seinem Sohne, in welchem dieser um umgehende Zufendung von Geld bat und zwar postlagernd bei einem angegebenen Postamte. Der Adressat wunderte sich nicht wenig, daß sein Sohn so solider Sohn die nicht unbedeutende Summe, die er mitgenommen, in wenigen Tagen vergeudet haben sollte, sandte aber dennoch das Geld ab. Um sich aber zu vergewissern, daß das Geld auch in die Hände seines Sohnes gelangte, und um einen etwa vorliegenden Betrug zu vereiteln, sandte er gleichzeitig ein Schreiben an den Vorsteher des ihm angegebenen Postamtes, dem er eine Photographie seines Sohnes beifügte. Er bat den Vorsteher, den Abholer des Geldes mit der Photographie vergleichen zu wollen und das Geld nur auszuhändigen, wenn er sich überzeugt habe, daß kein Betrug vorliege. Am Schalter des Postamtes erschien bald ein junger Mann, der sich für den Sohn des Stettiner Kaufmanns ausgab und nach einer von ihm erwarteten Geldsendung Nachfrage hielt. Der Beamte folgte der Weisung, er verglich die Photographie mit dem Anfragenden und erfuhr sofort, daß keine Spur einer Ähnlichkeit vorhanden war. Der Verdächtige wurde festgenommen und gefandt auch vor der Polizei, wie vor dem Schöffengerichte ein, daß er einen Schwindel habe ausführen wollen. Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis, der Gerichtshof erkannte aber auf 2 Monate.

Von ungeheurer Rohheit zeugt die That, welche einem gewissen Carl Braun gestern vor der II. Strafkammer des Landgerichts I zur Last gelegt wurde. Derselbe ist der Bedrohungs- und der Körperverletzung eines acht Jahre alten Mädchens, welches in seiner Gewalt steht, beschuldigt. Der Angeklagte theilt seine Häuslichkeit mit einer Wittve, welche ihre Tochter, die achtjährige Auguste Dolhammer, bei sich hat. Diefem Kinde gegenüber bringt der Angeklagte eine Erziehungsmethode in Anwendung, welche sich nicht nur auf die häusliche Handhabung des Hauses beschränkt, sondern mitunter auch noch zu anderen Gewaltmitteln greift. Am 30. September machte der Angeklagte für das kleine Mädchen ein Fußbad zurecht und befahl dem Mädchen, dasselbe in Gebrauch zu nehmen. Das Kind gehorchte, merkte aber, als es die heißen Wasserdämpfe in das dampfende Wasser steckte, daß letzteres siedehißig war und es machte dem Angeklagten davon Mitteilung, um denselben zu veranlassen, kaltes Wasser dazu zu gießen. Der Angeklagte wollte davon aber nichts hören, befahl vielmehr dem Mädchen, sofort seiner Anordnung nachzukommen, widrigenfalls er einen Knüttel holen und damit nachdrücklich schlagen würde. Das bedauernde Kind wußte, daß dieser Erziehung sehr leicht die That folgen könnte und aus Angst steckte es daher die Füße in das heiße Wasser, und verlor sich den Schmerz, bis es nicht mehr zum Aushalten war. Zu ihrem Glück ging der Angeklagte auf einen Augenblick aus dem Zimmer und diese Gelegenheit benutzte die Gemaerkte, um schnell aus einer Wasserflasche kaltes Wasser hinzu zu gießen. Trotzdem die Füße des Kindes durch das Bad ganz wund geworden waren, mußte es sofort Strümpfe und Schuhe anziehen und wurde von der in der Potsdamerstraße gelegenen Wohnung aus nach dem Dammwegplatz geschickt. In der Dammwegstraße fiel das Kind vor Schmerzen um, es konnte nicht weiter und mitleidige Passanten erbarmten sich seiner und brachten es zur Volkzeitwache. Dort erzählte die bedauernde Wittve die That, welche sie ausgehalten, in allen Einzelheiten und der Augenschein zeigte, daß sie nicht gelogen: an den Füßen war an mehreren Stellen die Haut heruntergebrüht und das arme Geschöpf mußte auf längere Zeit ins Krankenhaus. — Als das Mädchen gestern vor Gericht vernommen worden, machte dasselbe plötzliche Aussagen, die der polizeilichen Vernehmung direkt widersprachen. Das Kind behauptete jetzt plötzlich, daß das heiße Wasser gar nicht zu heiß gewesen sei und die Krankheit ihrer Füße einen anderen Grund haben müsse. Da trotz aller Bemühungen des Vorstehenden aus dem Mädchen anderes nicht herauszubringen war, ersuchen eine Verhaftung zu holen, um das Gutachten des behandelnden Arztes einzuholen. Allem Anscheine nach hat der Angeklagte in der Zwischenzeit durch Drohungen auf die kleine Jungin eingewirkt und der Gerichtshof hält es daher für angemessen, denselben wegen Verdachts der Verdunkelung in Haft zu nehmen.

Ein netter Wächter der Ordnung. Das Schwurgericht in Guben verurtheilte am 17. d. M. den früheren Polizeikommissar Schön aus Sommerfeld wegen wissenschaftlichen Kleinbetrugs in zwei Fällen zu sechs Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer, sprach denselben auch die Befähigung zur Revueabteilung für die Dauer ab. Schön ist bereits wegen Meineids vorbestraft und verbißt zur Zeit eine wegen desselben Verbrechens erhaltene vierjährige Zuchthausstrafe.

Arbeiterbewegung.

Ueber die letzte große Bergarbeiter-Delegirten-Versammlung in Bochum entnehmen wir zur Ergänzung unserer nach dem „Börsen-Telegraphen-Bureau“ gebrachten Meldung der „Börsen-Telegraphen-Delegirten-Versammlung“ folgenden Bericht:

Die große Bergarbeiter-Delegirten-Versammlung tagte am vergangenen Sonntag auf dem Schützenhof zu Bochum. Wie unsern Lesern bekannt, hatten die Herren Bürgermeister Gathmann-Gesienkirchen und Fabrikant Müllerhagen eine Anzahl Forderungen der Bergleute als berechtigt anerkannt. Dieser Anstand veranlaßte die Bergleute, den berechtigten Forderungen näher zu treten. Der Reichstags-Abgeordnete Müllerhagen war zu der Versammlung eingeladen, er hat es jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen, wohl aber im Falle der Abwesenheit, nicht einmal mit schriftlichen Arbeitern diskutieren zu können. Seine vor der Entscheidung abgegebenen Versicherungen sind mit seinen Feilen, die er in Sachen Ablehnung des Geschehens an den Bergmann Bringerwald gerichtet, schwer in Einklang zu bringen. Nun, die Bergleute sind um eine Erfahrung reicher und werden bei der nächsten Wahl schon die richtige Antwort erhalten.

Eröffnet wurde die Versammlung durch Bringerwald-Wattenscheid. Bauer-Weimar machte darauf den Vorschlag, das Bureau den Einberufern zu überlassen, der Vorschlag wurde mit der Maßgabe entprochen, Gathmann, Wattenscheid als Schriftführer zu bestimmen. Warten-Saarbrücken theilt der Versammlung mit, er bedauere, die Einladung, nach dort zu kommen, zu spät erhalten zu haben. An ihnen werde es aber nicht fehlen. Es war jedoch ein Delegirter, Bergmann Mohr erschienen. Außerdem waren Delegirte aus Schleien, dem Bismarckrevier und Sachsen erschienen. Die österreichischen Bergleute sandten telegraphisch brüderlichen Gruß und riefen den Bergleuten ein „Gut und muthig vorwärts“ zu. Die einzelnen Begrüßungsworte der auswärtigen Delegirten fanden jedoch Aufnahme.

Die vorgebrachten Klagen dürfen wir wohl übergehen, da diese bei uns das ganze Jahr hindurch ein mülles Ohr finden und wir hierüber verlorst werden. Bauer-Weimar verlas, nachdem die einzelnen Bergleute ihre Beschwerden vorgebracht, nachstehende Forderungen:

Forderungen der Deutschen Bergleute, aufgestellt in der Delegirten-Versammlung am 15. Februar 1891 auf dem Schützenhof zu Bochum, nebst den Erklärungen zu den Forderungen.

1. Achtstündige Schicht mit Ein- und Ausfahrt. Erklärung: Die Schicht darf nicht länger wie acht Stunden für jeden Bergmann dauern, jedoch, er des Morgens zuletzt anfährt, auch nicht länger wie 8 Stunden (inkl. Ausfahrt) hat. B. W.: Die

Seifahrt beginnt des Morgens um 5 Uhr und endet 1 Uhr des Mittags, es sollen also um 1 Uhr sämtliche Bergleute aus der Grube sein.

2. Verbot von Ueberschichten, wenn Ueberschichten nötig, nur mit Erlaubniß der Arbeiterauschüsse und dann gegen doppelten Lohn.

Erklärung: Ueberschichten sollen verboten werden. Nur bei drohenden Gefahren in der Grube, die für Menschen, sowie für die Waare der Grube eintreten und den Betrieb in Frage stellen, sollen Ueberschichten erlaubt sein. Die zu diesen Arbeiten verwendeten Bergleute erhalten dann doppelten Lohn. Jeder A. B. 4 M. 50 Pf. pro Schicht verdient, erhält dann für die Ueberschicht 9 M. Zur Produktion von Kohlen dürfen keine Ueberschichten gemacht werden, auch dann nicht, wenn Kohlenmangel eintreten sollte. Es soll auf diese Weise den Betrieben möglich gemacht werden, die Arbeitslosen wieder einzustellen.

3. Errichtung von Arbeiterauschüssen und Einigungsämtern. Erklärung: Auf jedem Werke (Schacht) sollen Arbeiterauschüsse bestehen, nicht unter 5 Mann bilden diesen Ausschuss. Wählbar in den Ausschuss soll jeder Bergmann sein, der 25 Jahre alt und ein Jahr auf dem Werke in Arbeit steht. Wahlberechtigt ist jeder Bergmann, der 21 Jahre alt und ein Jahr auf dem Werke arbeitet.

Die Ausschüsse sollen die Angelegenheiten der Bergleute den Werksverwaltungen gegenüber vertreten, sowie auch die Organisation leiten. Bei Lohnstreitigkeiten hat der Ausschuss die Rechte des Bergmanns resp. der Bergleute zu wahren. Von Arbeitsstellen, wo nachweislich länger wie zwei Monate der Durchschnitts-Lohn nicht hat erzielt werden können, soll der Ausschuss berechtigt sein, diese zu befragen und wo der Minderlohn aus den schlechten Arbeitsverhältnissen nachweisbar ist, soll den Hauern für die verlorene Zeit das fehlende bis zur Höhe des Durchschnitts-Lohnes nachgezahlt und das Bedingte den Verhältnissen entsprechend neu geregelt werden. Alle Streitigkeiten betreffs Lohn, Gehalts, Behandlung u. s. w. sollen dem Ausschuss sofort mitgeteilt werden. Dieser soll zwischen den Betriebsverwaltungen und den Arbeitern vermittelnd wirken, ist aber keine Einigung zu erzielen, so soll der Ausschuss die Angelegenheit dem Einigungsamt unterbreiten. Der Ausschuss darf nicht zu einseitigen Zwecken der Verwaltung benutzt werden; sobald dieses geschieht, soll eine einberufende Delegirtenversammlung berufen sein, den Ausschuss abzusetzen und in selbiger Versammlung einen neuen Ausschuss zu wählen.

Bei allen Neu-Einrichtungen, welche für den Arbeiter in Betracht kommen, muß der Ausschuss erst gehört werden und ist die Zustimmung von denselben erforderlich. Die unbedingte Notwendigkeit des Ausschusses tritt hauptsächlich bei Erlaß von Arbeitsordnungen ein. Das Amt eines Ausschussmitgliedes ist ein Ehrenamt. Vergütung für seine Mithaltung erhält es nur, wenn die Befahrung einer Arbeitsstelle, wo Differenzen zwischen dem Arbeiter und der Verwaltung bestehen, nachgebrungen statthaben muß. Das Ausschussmitglied erhält dann seinen gewöhnlichen Verdienst erst und zwar selbstverständlich von der Betriebsverwaltung, weil diese in erster Linie den größten Vortheil von dem wieder hergestellten guten Einvernehmen erzielt.

4. Wegfall der Füllkohlen und Regelung des Waggennutzens. Erklärung: Füllkohlen dürfen auf keiner Zeche mehr in Absehung kommen. Waggennutzen soll nicht mehr wie bisher einseitig von der Zeche geschehen.

Der Beamte, welcher die Berechtigung erhält, Wagen zu nutzen, welche Wintermahd oder mehr Berge enthalten, wie es den Verhältnissen des Platzes entspricht, woraus der Wagen gefördert ist, soll von der Belegschaft jährlich gewählt, von der Bergbehörde vereidigt und von der Zeche den Lohn erhalten. Derselbe kann dann zu gleicher Zeit die geförderten Wagen notiren, weil auch hierbei auf sehr vielen Zechen von den Bergleuten sehr unliebsame Erfahrungen gemacht werden.

Auch soll er darauf sehen, ob bei vorkommendem Mindermaße der Wagen nicht die örtlichen Verhältnisse (Strecken, Bremsen etc.) Schuld daran sind.

Der Ausschuss soll hier seine besondere Thätigkeit entfalten. Er soll besonders schärfend für die Bergleute eintreten, welche in Füllkohl arbeiten, wo den Verhältnissen nach es nicht möglich ist, reine Kohlen zu gewinnen.

Andererseits soll der Ausschuss seinen ganzen Einfluß darauf verwenden, bei den Kameraden, welche Arbeitspunkte haben wo reine Kohlen gewonnen werden können, daß dort keine Füllkohl vorkommen.

5. Steigender Lohn mit steigendem Gewinn. Erklärung: Den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechend, sollen alle nicht im Bedingte arbeitende Bergleute bis zum 1. März einen Lohnzufluß von 25 pCt. erhalten.

Alle Hauer, welche in den letzten zwei Monaten unter 4 M. pro Schicht verdienten, eine Lohnhöhung von 40 pCt.

Alle Hauer, welche in den letzten zwei Monaten über 4 M. pro Schicht verdienten, eine Lohnhöhung von 25 pCt.

Schlepper, welche im Bedingte geschleppt und nicht über 8 M. pro Schicht verdient haben, eine Erhöhung von 30 pCt., welche über 8 M. verdient, 25 pCt. Lohnhöhung.

Die fernere Regelung des Lohnes soll durch den Ausschuss im Verein mit den Werksverwaltungen erfolgen, und zwar nach der jeweiligen Lage des Marktes, sofern eine Steigerung des Gewinnes erfolgt, soll auch der Lohn steigen.

6. Wiedererrichtung der Bergleute, welche infolge der Organisationsbestrebungen aus der Arbeit entlassen sind. Erklärung: Alle Kameraden, welche bei den Bestrebungen, ihre Lage zu verbessern, den gesetzlichen Boden innegehalten haben und dennoch entlassen sind, sollen wieder in Arbeit gestellt werden.

Sollen die Werksverwaltungen Arbeiter entlassen, ohne daß Uebersicht an Arbeitsstellen vorhanden ist, so hat der Ausschuss erst seine Zustimmung zu ertheilen. Sollen Arbeiter wegen Disziplinavergehen entlassen werden, so soll der Ausschuss nach sorgfältiger Prüfung erst die Vermittelung zwischen Arbeiter und Verwaltung versuchen und falls keine Einigung zu erzielen ist, die Angelegenheit dem Einigungsamt unterbreiten und erst nach erfolgtem Schiedspruch durch die Arbeiter entlassen werden.

7. Erhaltung der Knappschaftskasse als Wohlfahrts-Einrichtung. Erklärung: Die Knappschaftskasse soll bestehen bleiben als selbständige Kasse. Es soll aber den Bergleuten ein größeres Recht an der Verwaltung eingeräumt werden. Sobald die Werksverwaltungen nur $\frac{1}{4}$ der Beiträge zahlen, sollen diese auch nur zu $\frac{1}{4}$ Stimm-berechtigung erhalten, sowohl im Vorstand wie auch in der Gesamtabstimmung. Eine einfache und billige Verwaltung soll hergestellt werden, indem zu den Bureauarbeiten wie zu den Verwaltungsarbeiten Invaliden, Beamte und Bergleute, welche die genügende Qualifikation besitzen, herangezogen werden.

Eine diskretionäre Bewußniß soll dem ersten Verwaltungsbeamten in seiner Weise zugeben.

Reinert-Gesienkirchen stellt den Antrag, den Forderungen noch die „Mehr Luft“ beizufügen. Die Ventilation müsse eingeführt werden, wenn solches auch viel Geld koste.

Schröder-Steele, der Vorsitzende des Verbandes, betont, daß eine Forderung des Verbandes vergessen sei, nämlich die, zu geschäftlichen Arbeiten nur geprüfte Arbeiter zuzulassen. Für solche Arbeiter müsse ein vor dem Bergathe abgelegtes Examen gefordert werden.

Richter-Paar stellt als neue Forderung auf, die Lieferung von Schienen und des Holzes bis vor die Arbeit des betreffenden Bergmanns.

Bischer-Offen will einen Minimallohn von 4,50 M. fest-

gesetzt haben, ebenso fordert derselbe eine vierjährige Lehrgeld für die Bergleute.

Hohmann-Steele tritt für die Arbeiterauschüsse ein, ebenso fordert derselbe den Befähigungsnachweis für die Bergleute, sowie einen Minimallohn von 5 M.

Unter den Vertretern aus dem Bismarckrevier, Saarrevier, Niederschlesischen Revier, der Provinz Sachsen und dem Ober-Bergamtsbezirk Dortmund sind folgende in nächster Zeit zu stellende Forderungen vereinbart, die zur praktischen Durchführung gebracht werden sollen:

1. 8 stündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt. 6 stündige Schicht bei nasser Arbeit, Hitze oder Wettermangel.

2. Minimallohn für Hauer 4,50 M., Zimmerhauer 3,75 M., Schlepper 3 M. Diese Beträge sollen rein zur Auszahlung gelangen.

3. Arbeiterauschüsse zur Interessenvertretung und Schlichtung bei Streitigkeiten; 25 jährige Arbeiter, die ein Jahr auf der betreffenden Grube gearbeitet, sind wählbar; 21 jährige Arbeiter, die ein Jahr auf der Grube gearbeitet, sind wahlberechtigt. Wahlen geschehen in öffentlichen Belegschaftsversammlungen.

4. Keine Ueberschichten zur Kohlenproduktion. Bei Menschengefährdung oder Betriebsstörung nur gegen doppelten Lohn.

5. Einstellung der gemauerten Arbeitslosen auf denjenigen Gruben, wo sie entlassen sind.

Soziale Uebersicht.

Ein Beitrag zur Kennzeichnung von Arbeiterzeugnissen. Gelegentlich der Beratungen der §§ 107-114 der Gewerbe-Ordnung im Reichstage that man von gewisser Seite sehr entristet darüber, als behauptet wurde, Unternehmer kennzeichneten die Arbeitszeugnisse der Arbeiter. Vor uns liegt eine Kennzeichnung, wie sie Krasser nicht gedacht werden kann. In dem Gewerbe der Glasarbeiter ist es Sitte, daß die selbständigen Arbeiter, wenn sie anderweitig Beschäftigung auf einer Glashütte gefunden haben und nun einen Vorstoß von dem neuen Unternehmer zur Uebersiedlung fordern, gleichzeitig von der Arbeitsstelle, bei der sie so lange beschäftigt waren, einen Kündigungsschein einreichen. Auf der grünen Hütte in Charlottenburg waren vor kurzer Zeit die dortigen Glasarbeiter durch Verfindung einer 5-18prozentigen Lohnreduktion deklariert worden, die sie sich nicht wollten gefallen lassen. Deshalb kündigten sie alle. Ihre anderweitige Uebersiedlung unterließ aber, weil die Direktion der Hütte in ihrem Kündigungsschein einfach die Bemerkung aufgenommen hatte: „Die Kündigung ist wegen Lohnreduktion erfolgt.“ Daß kein Unternehmer Arbeiter annahm, die einen dergleichen Urteilsbrief übersandten, kann sich Jeder denken.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Tapezierer Berlins und Umgegend tagte am 15. Februar unter Leitung der Kollegen Hartig und Feder als Vorsitzender und Kollege Jast als Schriftführer. Zum ersten Punkt erhielt Genosse Stabernack das Wort zu einem Vortrag über Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände. Der Redner erzielte lebhaften Beifall.

In der Diskussion sprachen die Kollegen Friedmeier und Feder im Sinne des Referenten. Den Bericht über den allgemeinen Arbeitsnachweis erstattete Kollege Kolbrun. Vom 1. Oktober 1890 bis 1. Februar 1891 waren 193 Stellen ausgegeben, davon 6 nach anseherlich. Um Arbeit nachgeschickt haben resp. eingeschrieben waren 226 Kollegen. Die Einnahmen betragen 78,33 M., die Ausgaben 77,90 M., Bestand 0,43 M. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Verhinderung über die in der letzten öffentlichen Versammlung angenommene Resolution in Betreff des Privatbüros in der Seubertstraße, nahm Genosse Stabernack das Wort als Mitglied der Berliner Streit-Kontrollkommission, welcher diese Angelegenheit zur Regelung übertragen war und berichtete, daß die ganzen Verhandlungen an dem Verhalten der Herren gescheitert seien, namentlich an dem Auftreten des Hrn. Schöpe. Derselbe war persönlich eingeladen, aber nicht erschienen. Die Hrn. Hartig und Friedmeier bringen die verschiedenen Verhältnisse des Bureaus zur Sprache und charakterisiren die Inhaber. Kollege Freiwald läßt seine ganze Hoffnung auf die Berliner Streit-Kontrollkommission und stellt folgende Resolution vor, welche mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde: Die heutige Versammlung beschließt in Sachen des Arbeitsnachweises-Bureaus die frühere Resolution aufrecht zu erhalten. Wir stellen das Ersuchen an die Berliner Streit-Kontrollkommission, mit allen Kräften sich dieser Sache anzunehmen. Da dieselbe genau informiert ist, wünschen wir, daß die Sache unter allen Umständen geregelt wird. Genosse Stabernack verspricht, dafür einzutreten. Unter „Verschiedenes“ berichtet Kollege Friedmeier über die Thätigkeit der Berliner Streit-Kontroll-Kommission, in Betreff der Streiks der Bergarbeiter, Glas-, Klavier- und Tabakarbeiter sollen Listen veranlagt werden. Mit der Thätigkeit der Delegirten erklärt sich die Versammlung einverstanden. Kol. Jast weist auf die Bausewerks-Konferenz hin und beantragt dazu zwei Delegirte zu wählen. Die Kollegen Feder und Friedmeier schließen sich dieser Ansicht an. Die Kollegen Freiwald, Kolstoy und Kirchner sind dagegen der Meinung, daß noch Zeit zum Beschluß wäre und daß zu diesem Zweck eine besondere Versammlung einberufen sei, wozu speziell die Arbeiter eingeladen werden sollen. Nachdem noch Kol. Wachter auf das am 8. März vom Allg. deutschen Tapezierer-Verein arrangirte Kränzchen aufmerksam gemacht und Kollege Klett durch einen kurzen, aber kräftigen Appell die Kollegen zum Beitritt in den Fachverein aufgefordert hatte, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Versammlung.

Der Fachverein der Gas-, Wasser-, Heizungs- und Rohrleger und Gehilfen Berlins hielt am Sonntag, den 16. Februar, seine regelmäßige Mitgliedsversammlung ab. Kollege Redner hielt einen heilsamlich aufgenommenen Vortrag über Arbeiterclubs. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Weder, Karpenkiel und Hanke; aus derselben ging folgende Resolution hervor, welche mit großer Majorität angenommen wurde: „Die heutige Fachvereinsversammlung der Rohrleger und Gehilfen Berlins ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; in Bezug auf die Ausführungen des Abgeordneten Stumm gegen den Abgeordneten Nebel im Reichstage erkennt die Versammlung die Werthlosigkeit der Arbeiten des Abg. Stumm betrieß der Arbeiterschutz-Gesetzgebung im Reichstage an und wünscht, daß derselbe statt dessen nur ruhig im Thiergarten spazieren gehen möge.“ — An Stelle des abgehenden gekommenen ersten Schriftführers Kofschel übernahm nach stattgefundener Wahl Kollege Faltsch wieder diesen Posten. — Ferner wurde beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest am 2. Mai zu feiern. Das Vergnügungskomitee besteht aus den Kollegen Stahl, Wismann, Giesch, Schäfer und Riebe. Nach Erledigung einer Frage machte der Vorsitzende auf die am 8. März stattfindende Fachvereinsversammlung aufmerksam und schloß hierauf die Versammlung. Hierauf fand eine freiwillige Sammlung für einen schwer erkrankten Kollegen statt.

Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verband. In der am 11. d. M. stattgefundenen Mitgliedsversammlung legten die Fachschüler ihre Prüfung ab, die zu voller Zufriedenheit der Versammlung ausfiel. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß der Inhabende Herr Jürgens Lehrbücher bereits angeschafft hat und sie zum Preise von 12 M. bei ihm zu haben sind. Der Antrag, dem Kassirer Will eine Vergütung von 40 Mark zukommen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Letztlich der einrichtenden Zahlstellen kam es zwischen den Kollegen

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung vom 21. Februar. 1 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, v. Gopler und Kommissare.

Die 2. Berathung des Entwurfs eines Einkommensteuer-Gesetzes wird fortgesetzt.

§ 84 lautet: Uebersteigt die Einnahme an Einkommensteuer für das Jahr 1892/93 den Betrag von 80 000 000 M. und für die folgenden Jahre einen um je 4 pCt. erhöhten Betrag, so werden die Ueberschüsse, nach Maßgabe eines zu erlassenden besonderen Gesetzes, zur Durchführung der Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an kommunale Verbände verwandt.

§ 85 enthält die Bestimmungen zur Verwendung dieser Gelder, falls das betreffende Gesetz nicht bis zum 1. April 1894 erlassen ist; dieselben sollen zum Erlaß eines entsprechenden Gesetzes der Einkommensteuer dienen und dieser Betrag durch den Etat festgesetzt werden.

Hierauf liegt eine lange Reihe von Abänderungsanträgen vor. Abg. Speerlich (Z.) will die Ueberschüsse bis zum Erlasse des besonderen Gesetzes an die Stadt- und Landkreise überwiesen, wobei Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern als Stadtkreise gelten sollten.

Abg. v. Tiedemann-Bornst (St.) wendet sich gegen einen Antrag Rieders, welcher die Quotifizierung beantragt. Ebenso werde er gegen jede weitere Entlastung der Steuerertrags-Einkommen stimmen.

Abg. Fehr. v. Loß (Zentr.) will bis zur Höhe der Ueberschüsse die Grund- und Gebäudesteuer in Hannover, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz und Hessen-Nassau an die Gemeinden überweisen, und zwar zur Hälfte nach dem Maßstabe der Einwohnerzahl, zur Hälfte nach dem Maßstabe der Grund- und Gebäudesteuer.

Abg. Dr. Weber (nall.) beantragt, die Verwendung der Ueberschüsse zur Durchführung der Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer durch ein besonderes Gesetz zu regeln, da, wie Riedner ausführlich darzulegen sucht, die Verquickung dieses Gesetzes mit jener Ueberweisung nicht vortheilhaft sein werde.

Finanzminister Miquel: Das Einkommensteuer- und das Gewerbesteuer-Gesetz hatten eine erste Bedeutung für sich selber, nämlich solche Einrichtungen zu treffen, daß das Einkommen richtig getroffen und gefunden wird, daß bei der Gewerbesteuer eine gerechte gleichmäßige Veranlagung unter Entlastung der kleinen Gewerbetriebe durchgesetzt wird.

Plauderei.

R. O. In späteren Zeiten, wenn von den heut lebenden Menschen keine Spur mehr auf dem Erdenrund zu finden ist, wenn vielleicht schon der Durchbruch der Zimmerstraße einem glücklichen Ende entgegengeführt sein wird, dann wird man noch die heutige Generation glücklich preisen.

Die Einkommensteuer wird bei uns für Inhaber kinderreicher Familien jetzt zu einem Hüllhorn unansprechlichen Segens. Schon für das dritte Kind erhält der Vater eine Rückvergütung der Steuern, und die Befreiung liegt nahe, daß der Andrang zum Gebären in der nächsten Zeit ein kolossales sein wird.

Geld behalten und keine Minderung eintreten lassen. Die wichtigsten Fragen werden hier leichtesten Herzens übersprungen. Im Westen will man den Gemeinden die Gelder überweisen, im Osten sollen die Gelder an die Kreise kommen.

Abg. v. Stabsarzt (Volk) spricht sich gegen die Bewilligung von 20 Mill. Mark für Schulbauten aus. Es handelt sich dabei nur darum, den Staat in der Schule allmächtig zu machen.

Abg. Krennd (St.) erklärt sich gegen jeden Antrag, der der Steuerreform der Zukunft präjudiziert, und bei der Gefahr der Verminderung der Getreidepreise auch gegen die Abbrückelung der lex Huene.

Abg. v. Stabsarzt (Volk) spricht sich gegen die Bewilligung von 20 Mill. Mark für Schulbauten aus. Es handelt sich dabei nur darum, den Staat in der Schule allmächtig zu machen.

Abg. Schnatmeier (L.): Die Steuerreform ist von allen Seiten als dringend notwendig anerkannt worden, namentlich hat man die Erleichterung der kommunalbesteuerung verlangt.

hat dann auch seinen Pflichten genügt, wenn er den Rekruten stellt; schimpfen soll er nicht, wenn geschossen wird, sondern seinen Groll in den tiefsten Falten seiner Mannesbrust verbergen, sonst droht ihm Gefängnis und die Wächter in Plöhsensee kennen kein Erbarmen.

Die Einkommensteuer wird bei uns für Inhaber kinderreicher Familien jetzt zu einem Hüllhorn unansprechlichen Segens. Schon für das dritte Kind erhält der Vater eine Rückvergütung der Steuern, und die Befreiung liegt nahe, daß der Andrang zum Gebären in der nächsten Zeit ein kolossales sein wird.

Schulgebäude gebaut. Insbesondere ist eine Befreiung der Grundsteuer, welche eine Doppelbesteuerung darstellt...

Abg. Schnatmeier: Ich danke der königl. Staatsregierung, daß sie eine Reform in dem von mir dargelegten Sinne in Angriff genommen hat.

Soziale Ueberblick.

In der Firmenschilderfabrik von Otto Grund u. Co., Fischerende 25, haben die dort beschäftigten Maler, Lackierer und Vergulder (12 Mann) wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt.

In dieser Angelegenheit findet am Mittwoch, den 25. d. M., eine Versammlung bei Scheffer, Inselstraße, statt.

Zum Ausschluß der Tabakarbeiter. Herford, 10. Februar. Bis auf 8 Mann haben sämtliche Arbeiter der Firma Schmidt die Arbeit eingestellt.

Rehme, 19. Februar. Sämtliche Arbeiter der Firma Langhans und Jürgensen haben sich mit den Hamburger Ausschlossenen solidarisch erklärt und die Arbeit eingestellt.

Kinden, 19. Februar. Die Zahl der Arbeiter, welche bei den Firmen G. F. Klein und Buschke und F. D. Biegenstein und Co. die Arbeit einstellen, wird 130 bis 150 betragen.

In der Versammlung der Arbeiter wurde konstatiert, daß die Hausarbeiter — obgleich dieselben doch für Licht, Feuerung, Wohnung und Zurichtung des Tabaks selbst Sorge tragen müssen, 1,50 M. weniger pro Mille erhalten, als die Arbeiter in der Fabrik.

Situationbericht der Generalkommission. Zu den bisher gemeldeten Streiks und Ausperrungen ist ein neuer hinzugekommen. In Thalheim im Erzgebirge haben die Wirker die Arbeit eingestellt, weil ihnen eine Lohnereduktion von 15 bis 20 pCt. angeboten wurde.

Dagegen ist der Ausstand der Schuhmacher in Erfurt für beendet erklärt worden, doch soll noch eine ganze Zahl Arbeiter beschäftigungslos und unterstützungsbedürftig sein.

Wir enthalten uns prinzipiell jeder Kritik über die aufgenommenen Kämpfe, müssen jedoch erwarten, daß die Ausstehenden, welche von uns Unterstützung erhalten, auch die Meldungen über Fortgang und Ende des Kampfes an uns gelangen lassen.

„Der wärmt die Biere uff“, sagt der Berliner, und dieser tiefdurchdachte Ausspruch zeugt von einem unerschöpflichen Vorrath der Lebensweisheit. Und doch hat man den Grafen wieder eingesperrt und zwar wegen der paar lumpigen Ragenköpfe, die er seinem Diener verabsolgte.

Aber da Graf Kleist heute der populärste Herr in Berlin ist, so ist die Bodschaffon unter einem günstigen Zeichen eingeläutet. Was könnte Graf Kleist auf dem Bock für Diebe austheilen — und wie viel Reile dürfte er dafür einrichten!

Kämpfe wie die, welche gegenwärtig geführt, müssen die gesamte Arbeiterbevölkerung anzuregen und zur Hilfeleistung anspornen. So lange dies nicht geschieht, werden wir immer mit unserer Schwäche zu rechnen haben.

Deshalb unterlassen wir es auch heute nicht, wiederum zur energischen Hilfeleistung für die im Kampfe befindlichen Genossen aufzufordern.

Aus Wien ist gemeldet worden, daß 12000 Schuhmacher im Anstand sich befinden. Auch hier waren die Unterhandlungen mit den Fabrikanten vergeblich und rechnen die Genossen auf die Unterstützung durch sämtliche Arbeiter.

Quittung über eingegangene Gelder bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 5. bis 18. Februar:

Kaufmann durch Bärard 10.—, von Spinnern und Zigarrenmachern, Danzig 5.20. Diamantschleifer, Hanau 30.—, Ortsverein der Handschuhmacher, Karlsruhe 16.40. Von einer Montagsgesellschaft, Kasselstadt 1.50. Fachverein der Maurerarbeitende, Hannover 5.—, Fachverein der Lithographen und Steinbrücker z. Frankfurt a. M. 50.—, Maskenball der F. K. K. der Tischler, Berlin D. 13.—, Kontrollkommission, Bremen 100.—, Lokalb. der Zimmerer, Halberstadt 20.—, Fachverein der Maurer Osterwiesels u. Umgegend 35.—, Nebensch. der Frauen- und Männerversammlung, 1. Februar, Berlin 8.15. Von den Genossen Schöttmars 8.70. S. Will, Kofst 20.—, Vergnügen der Tabakarbeiter, Freiberg 7.25. Von den Tabakarbeitern Ostrows 4.50. Arbeiter-Wahlverein, Sandhofen-Mannh. 20.—, Zigarrenarbeiter, Sandhofen-Mannh. 4.55. G. Becker, Eisenarbeiter, Gera 50.—, Weißgerber, Berlin 1. R. 100.—, In mehreren Fabriken ges. Fästerwalde 30.55. Lokalb. der Zimmerer, Lübeck 100.—, Verband der Dachdecker, Berlin 5.71. M. Segh, Färth, Vertrauensmann der Metallarbeiter 160.—, Zigarrenarbeiter Hagenows 4.20. Vom „Altenburger Wahlkreis“ 50.—, Geschäftsleitung der Zerstörer, Greiz und Umgegend 20.—, Freie Vereinigung der Maurer, Grabow und Umgegend 10.—, Kontrollkommission, Bremen 200.—, Gesellige Unterhaltung des Arbeiter-Wahlvereins, Darmstadt 52.50. Bergische „Arbeiterstimme“, Solingen 5.50. Fachverein der Maurer, Götlin und Umgegend 20.—, Arbeiter verschiedener Branchen, Gmünd-Würzburg 24.—, Bremer Bürgerzeitung 400.—, Maurer Lüneburgs, 2. Rate 25.—, Zentral-Verein der Fabrik- und Handarbeiter, Wandbeck 10.80. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises 50.—, Verband deutsch-Gold- u. Silberarbeiter, Fil. Jyehoe 3.—, Nidertafel „Sangeslust“, Altona 20.—, Drechsler, Hamburg 45.—, Von der Vorle 5000.—, Sparklub „Hoffnung“, Altona 20.60. Zellerfassung der Verammlung des 1. Hamb. Wahlkr. am 8. Februar 71.34. D. Liebold, Lübeckstadt 9.60. Zentralverein deutscher Sticker, Fil. Hamburg 100.—, F. Teggenhien, Karlsruhe 3.75. Unterst. der Bürsten- u. Pinselmacher, Fil. Hamburg 55.—, Streibrügger, Hamburg 60.—, Verband deutscher Zimmerleute d. Müllerstein 83.—, Klub „Vorwärts“ v. 1883, St. Pauli 20.—, Zigarrenmacherverband von Antwerpen 2790.28. F. Borar, Danzberg-Brüden 10.10. Berliner Gastwirtschaftsbüchsen durch E. Ebert 23.50. Kontrollkommission, Bremen 50.—, M. Dapbach, Hanau 5.—, Von Genossen aus Sebnitz 12.60. Mitgl. des Tischlerverbandes, Lützenwalde 3.40. Tischler-Fachverein, Rostock 50.—, F. Karstens, Maurer, Rendsburg 15.—, Gesamtheit von den Tabakarbeitern, Köpenick 8.30. Schiffszimmerer d. Reusch, Kiel 30.—, Bau- und nichtgewerbliche Hilfsarbeiter Schwerin 50.—, Expedition des „Vorwärts“ 39 M., für den Fachverein der Bürsten- u. Pinselmacher 25 M. z. 64.—, Fachverein der Maurer, Schwedt a. O. 20.—, Metallarbeiter-Fachverein, Lübeck 30.—, Paul Hud, Buchdruckereibesitzer, Sant-Lidenburg 89.85. Zigarrenarbeiter, Prenzlau 10.—, Zerkelb „Vorwärts“, Mühlberg, d. S. 2.—, Verband der Schneider, Filiale Altona 15.—, Zielbewußte und opferwillige Arbeiter, Würzburg 12.—, 2. M. W. K. Altsina 7.25. Von Genossen aus Altmorschen 5.—, Fachverein der Buchbinder, Frankfurt a. M. 21.50. Von 7 Tabakarbeitern Ballenrod 1.—, Gutmacher Dresden 23.15. Kollegen d. Fachvereins d. Tischler d. Beschäftig. der Genossenschafts-Gutmacherei, Berlin 11.15. Kommission der Tabakarbeiter, Berlin, d. Rates 150.—, Gesamtheit v. Zigarrenmachern und Schuhmachern, Dahme 5.50. M. Werner, Schmolladen 3.70. Seiler und Keepschläger, Hamburg-Altona z. 30.—, Schweizer Zigarren- und Tabakarbeiter-Verband 17.80. Von den Stammgenossen der „Leistungsballe“, Hamburg 60.55. G. M. durch Bärard, Hamburg 5.—, Km. durch Bärard, Hamburg 10.—, Sparklub R. Hamburg 8.—, Verband d. Bäcker z., Fil. Hamburg 100.—, Lüderstafel der Buchbinder und Wirth Offen, da 3.—, Gesangsverein d. Maurer Hamburgs 81.80. F. Schurenbeck, Porphim (Medth.) 9.35. Fachverein d. Schneider, Halle a. S. 40.—, E. Behorn, Herdhausen 8.50. Generalkommission, Braunschweig 800.—, Uebersch. einer Zellerfassung d. Gemlin, Berlin 5.35. Sozialkommission d. Schneider Dresden 20.—, Tabakarbeiter und andere Gewerkschaften, Bischofswerder 10.50. Großkl. Zigarrenmacher, Schwedt a. O. 25.—, Weißgerber, Karlsruhe 20.—, Zigarrenarbeiter, Mühlhausen 20.25. Fachverein d. Maurer Lübeck durch Kabas 100.—, J. Laube, Zigarrenmacher, Wintersdorf 11.80. Fachverein der Eisenarbeiter und verwandten Berufsgenossen, Verburg 10.—, Verband der in Holzbearbeitungs-Fabr. z. beschäftigten Arbeiter, Filiale Hamburg 48.—, Verband der in Holzbearbeitungs-Fabr. z. beschäftigten Arbeiter, Filiale Bände-Wiesbaden 10.—, Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer, Nürnberg 204.55. Zigarrenarbeiter Bahnen, Nyborg 8.12. Tabakarbeiter Ostrows 3.10. Gutmacher-Gesangsverein, Alten-

burg 50.—, Arbeiter Potsdams durch Ulrich 16.16. S. Niemand, Duisburg 15.20. Fachverein der Zerstörer, Apolda 20.—, Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen, Baunzen 21.45. Maschinenfabrik Götzens und Schulze, Baunzen 7.70. Laufger Maschinenfabrik, Baunzen 3.45. Im „Goldenen Anker“ ges., Baunzen 4.80. Expedition des „Wähler“, Leipzig 348.87. Unterhaltungsklub, Schüller, Moabit, Berlin 15.—, Expedition d. Frankf. „Volkstimme“, Frankfurt a. M. 100.—, Stiftungsfest d. Metallarb., Kr. Kasse Fil. Sadenburg 10.06. Von den Gewerkschaften, Halberstadt 72.—, M. Ulrich, Burzen 1. S. 24.—, Unterhaltungsverein der Kupferschmiede, Barmen 20.—, Unterst. Verein der Hutmacher, Filiale München, 2. Rate 20.—, Von den Genossen Schöttmars 8.50. Von den organisierten Famenten, Frankfurt a. M. 15.—, Maurer und Zimmerer, Quedlinburg 30.—, Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsge nossen, Berlin 100.—, Fachverein der Tischler, Lüneburg 20.—, Verein der Wasche- zugschneider, Berlin 100.—, F. Fiedke, Farmer, Eibing 11.—, Verband der Zimmerleute, Fil. Altona 100.—, M. Segh, Färth, Vertrauensmann der Metallarbeiter 200.—, Bezirk 55, Hamburg 40.90. C. Koch, Hamburg, 2.—, D. Seehausen, Hamburg 3.—, Kontrollkommission, Bremen 260.—, Gesamtheit in der Sodafabrik Verburg 28.—, Gesamtheit durch Schmidt, Verburg 6.95. Glasergesellschaft, Berlin 15.—, Nr. 33, Hamburg 13.35. Ungenannt, Barmbeck 1.—, Bezirk 46, Hamburg, durch P. 7.40. Tischlerverband, Fil. Gästrow 10.—, Sozialdemokratischer Verein von Altmorschen, Zellerfassung d. Wömlenburg 7.15. C. Blümle, Altmorschen 1.25. Die freien Geber an Obermann's Bau Hamburg 20.30. Sozialdemokratische Versammlung, Rauenburg 10.05. S. P. M. R., Hamburg 4.—, Lederfabrik in Gr.-Vorst. d. Gr.-misch 14.10. Verein der Quaiarbeiter Hamburgs 300.—, Vereinsbücherei, Hamburg 22.—, Bezirk 51, Hamburg 25.—, Lederwallerie, Hamburg 25.—, Querschnitt durch Hamann, Hamburg 9.—, Festkomitee des Frauen- und Mädchenvereins zur Vertretung gewerblicher Interessen Hamburg 10.—, Von den Gutmachern Friedrichsdorfs 17.05. Freiwillige Sammlung d. Arb.-Bildu., Niddorf, d. P. Döpfer 6.—, Bildungen, Mühlhausen 5.—, Aus Ebelin 24.98. Uebersch. vom Tischlerkongress, Wandbeck 19.—, Schneider-Verband, Fil. Delmenhorst 4.10. Wahlverein, Neupetershau, Sachsen-Altenburg 13.—, Generalkommission Braunschweig 150.—, Von geselligen Verein „Liedblüthe“, Berlin 15.25. Kommission der Tabakarbeiter, Berlin, durch Rates 150.—, Bäcker der Vereinsbücherei, Hamburg 10.80. Generalkommission, Braunschweig 100.—, G. Krüger, Stettin 20.—, Vom Gesellenverein, Delmenhorst 10.—, Gutmacher, Köln 9.05, do. Götzig 2.85, do. Darmstadt 6.—, do. Stettin 12.54, durch Wiesche, Altenburg z. 30.44. Fachverein der Maurer, Verburg 20.—; freiwill. Sammlung 10.—; z. 30.—

In der vorigen Quittung muß es heißen statt Verein der Modellreue z., Bremen, Berlin 22.15.

Nachzutragen sind noch: Glasarbeiter, Penzig 50.—, Kontrollkommission, Bremen 100.—, Lohgerber und Lederzurichter, H. Dammann, Raffiner, Hamburg, Friesenplatz 2, 1. Etg.

Versammlungen.

Anruf an die Genossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Genossen! Ich trete heute mit der Aufforderung an Euch heran, ein von Euch gearbeitetes Werk zu unterstützen und zur vollen Entwicklung und Blüthe zu bringen. Seit dem Jahre 1888 besteht in unserem Wahlkreise der sozialdemokratische Wahlverein. Derselbe stellt sich die Aufgaben: 1. durch politische und wissenschaftliche Vorträge die Bildung der Mitglieder zu vervollkommen; 2. überhaupt den Menschen zum tüchtig denkenden, sich seines Wertes bewußten Sozialdemokraten heranzubilden.

Genossen! Jeder von Euch sollte eine gewisse Eore darin finden, Mitglied dieses Vereins zu sein. Beweist Euer Solidaritätsgesühl dadurch, daß Ihr durch massenhaften Beitritt den Werth dieser Organisation zu schätzen wißt. Wenn ich Euch hiermit nun auffordere, dem Wahlverein beizutreten, so geschieht dies deshalb, weil ich von der Ueberzeugung durchdrungen bin, daß durch die Thätigkeit und Agitation dieses Vereins die Organisation in demselben die zweckmäßigste ist. Unter dem vielseitigen Trude des Ausnahmegesetzes haben sich leider viele Genossen von der Agitation ferngehalten. Da diese Schranke gefallen, so könnt Ihr ungehindert der edlen Sache des Proletariats Eure Kräfte widmen. Genossen, zeigt, daß Ihr gewillt seid, für die gerechte Sache zu kämpfen und ihr zum Siege zu verhelfen. Dies könnt Ihr aber nur dadurch erreichen, daß Ihr dem sozialdemokratischen Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis beitreter. Und nun fordere ich Euch nochmals auf, Euch in die Reihen der kämpfenden Brüder aufzunehmen zu lassen, denn vereinzelt sind wir nichts, vereint Alles. Ein Vertrauensmann des vierten Berliner Reichstagswahlkreises.

Wir fordern Euch hiermit auf, unserem Wahlverein recht zahlreich beizutreten, da wir in nächster Zeit in größeren Wahlbewegungen einzutreten haben.

Der Beitrag beträgt pro Monat 20 Pf. Eintrittsgeld wird nicht erhoben!

Die Zahlstellen des Vereins, wofolst auch neue Mitglieder aufgenommen werden, befinden sich bei:
G. Tempel, Breslaustr. 27.
D. Heindorf, Langestr. 70.
W. Volk, Friedrichsbergerstr. 11.
F. Zubeil, Raungr. 88.
K. Schulz, Brangellstr. 82, parterre, Loden.
G. Schulz, Admiralstr. 40 (Zigarren-Laden).
W. Stabernad, Brangellstr. 86 (Zigarren-Laden).

Der Vorstand des Wahlvereins im 4. Berl. Reichstags-Wahlkreise.

Die Noth der Zeit war das Thema, über welches Herr Bus am 8. Februar in einer gut besuchten Versammlung für Männer und Frauen, unter Vorh. des Gen. Gräule, referierte. Referent wies hin auf die traurige Thatsache, daß noch viele unangesehene Leute selbst der Arbeiterklasse die beschränkten Meinungen über die Ursachen der Noth der Zeit hätten, man sage, es seien zu viel Menschen da, es müsse ein Krieg ausbrechen, damit so und so viel Zehntausende verschwinden u. s. w. Ein wenig Ueberlegung könne aber zeigen, daß es im Gegentheil noch viel zu wenig Menschen gebe. Es seien mehr Produkte da, als verbraucht werden könnten und Arbeiter, zu denen Tausende und Aber-tausende von Arbeitern notwendig wären, wie z. B. die Regulierung der Flüsse, die Kultur weiter Länderstrecken, seien noch zu leisten von der Zukunft. Redner schilderte dann den großen Unterschied zwischen der Stille und Ruhe und der dadurch weit eher möglichen Sicherheit der Existenz vor 100—200 Jahren und der heutigen wilden Beweglichkeit der ökonomischen Verhältnisse und der daraus hervorgehenden allgemeinen Existenzunsicherheit. Die gegenwärtigen Leiter der Produktion seien ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen und darum extricte sich die Beweglichkeit und Existenzunsicherheit bis in die höchsten Kapitalistenkreise. Die Konstantenfähigkeit der Landwirtschaft Amerika gegenüber sei sofort zu erreichen durch sozialistischen Betrieb. Redner schilderte dann die Existenzunsicherheit unter der Arbeiterschaft, die nur noch von einem Tag in den andern leben könne. Eine Folge der materiellen Noth sei dann auch die geistige Jüdelung und die moralische Charakter-Schwindsucht, an der unsere Zeit furchtbar leide. Alles suche bloß nach materieller Sicherheit. Die Arbeiterschaft sei hingegen in der günstigsten Lage,

allein über die geistige Trägheit und die Charakter-Schwindsucht durch den in dem Gefühl der Solidarität geführten politischen und sozialen Kampf sich erheben zu können. Jeder Arbeiter müsse über der täglichen Sorge um die Existenz ein leuchtendes Ideal darin erblicken, sich als Soldat mit in die Reihen zu stellen in der Miesnarmer der Arbeiterschaft der ganzen Welt, denn nur die Sozialdemokratie sei im Stande, die materielle, geistige und moralische Noth der Zeit, welche in der allgemeinen Lohnklaveri und der Herrschaft des Kapitalismus ihren Grund habe, auszuheben. Lebhafter Beifall lohnte den Referenten für seinen Vortrag. Von einer Diskussion wurde abgesehen und die Geselligkeit mit Tanz und Vorträgen trat in ihre Rechte.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend versammelte sich am 20. Februar beim Kollegen Wille. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der Vorsitzende, Kollege Nürnberg, daß er seiner vorgeschrittenen Krankheit wegen die Leitung des Vereins nicht länger versehen könne und sein Amt niederlege. Die Versammlung lehnte die sofortige Neuwahl eines ersten Vorsitzenden ab und der zweite Vorsitzende, Kollege Hermer Schmidt, übernahm die Leitung der Versammlung. Namens der „Bierkommission“ in Angelegenheit der Weißbierfrage erstattete Kollege Gräule Bericht. Die Kommission ist am 6. Februar zusammengetreten und hat sich mit den Brauereidirektoren in Verbindung gesetzt, um die Frage zu ventilieren, ob es möglich sei, daß ein einheitliches Bier gebraut werde. Hiermit erklärten sich die Brauereidirektoren gern einverstanden, sofern ein deraufliegendes Gesetz erlassen würde. Da aber ein solches Gesetz bisher noch nicht existiere, müsse es dem Vereine überlassen bleiben, im vorgedachten Sinne zu wirken. Der Berichtshalter hielt den Verein noch für zu schwach, um auf die Befehle der Direktion einwirken zu können und stellte es demzufolge dem Vereine anheim, über weitere Schritte zu befinden, da die Kommission keinen Beschluß gefaßt habe. Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung, über die Weißbierfrage vorerst zur Tagesordnung überzugehen. Nach einer Pause verlas der Vorsitzende die Namen der zwölf sich zur Aufnahme meldenden Kollegen. Die Aufnahme derselben wurde einstimmig beschloffen. Der nächste Punkt der Tagesordnung lautete: „Vereinsangelegenheiten“. Die Angelegenheit Gräule-Wendt wurde dem Vorstände zur Regelung überwiehen und wurde derselbe beauftragt, in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten. Die Versammlung beschloß ferner ein Stiftungsfest zu feiern und zwar in Form eines geselligen Vergnügens und wählte zu diesem Zwecke einen Vergnügungsausschuß, bestehend aus den Kollegen Engel, Feige, Zipse, Zapel, Lilliken, Wendt und Kleiner. Eine längere Debatte zeigte die „Reporterfrage“ und es wurde der vom Vorstände gefaßte Beschluß bekannt gegeben, daß sich jeder einer Versammlung des Vereins bewohnende Berichtshalter vor Eröffnung derselben beim Vorstände zu legitimieren habe und daß der „Vorwärts“ nur vom Schriftführer des Vereins eingesandte Versammlungsberichte aufzunehmen habe, sofern nicht ein als solcher legitimer Berichtshalter des „Vorwärts“ der Versammlung beigegeben hat. Ueber den Antrag Tempel, das Mitgliederverzeichnis des Vereins durch den „Vorwärts“ der Arbeiterschaft Berlins bekannt zu geben, ging die Versammlung nach langer lebhafter Debatte zur Tagesordnung über. Angenommen wurde ferner der Antrag Holzbecker, auf die Tagesordnung der nächsten (General-)Versammlung zu setzen: „Zahl zweier Tharkontrollreue“. Bezüglich der gestellten Frage, wie sich der Verein der Berliner Volksbrauerei gegenüber stelle, deren Bier beinahe vollständig von verschiedenen Arbeiter-versammlungen konsumiert worden ist, war sich die Versammlung darüber einig, daß erst der Spruch der maßgebenden Sozialkommission abzuwarten sei. Zum Schlusse wurden verschiedene sachgewerbliche Interessenfragen erörtert.

Eine Versammlung des Vereins gewerblicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend tagte am 9. d. M. Der Reichstags-Abgeordnete Genosse Schulze hielt einen interessanten Vortrag, der behafteten Beifall fand. In der Diskussion sprach Genosse Grundmann im Sinne des Referenten und führte aus, daß wir in jeder Weise für Aufklärung sorgen müssen, damit wir den heutigen Staat durch gewaltigen Druck zwingen, unsere Wünsche Rechnung zu tragen. Dann verlas der Kassirer den Rosenberichts. Derselbe wurde von den Revisoren bestätigt und darauf dem Kassirer Decharge erteilt. Bei der Abrechnung vom Vergnügen wurde festgestellt, daß einige Kollegen das Geld für Billets noch nicht abgeliefert haben. Ein Antrag, die Namen derselben zu verlesen, wurde abgelehnt, aber dem Vorstand aufgetragen, die betreffenden Mitglieder nochmals aufzufordern, falls dieselben ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, sollen deren Namen bekannt gegeben werden.

Der Klub Emanzipation veranstaltete am 18. d. Mts. eine Generalversammlung unter Vorh. des Genossen Otto Goldberg. Auf derselben wurden mehrere Vereinsangelegenheiten erledigt und darauf zu dem Punkt „Verschiedenes“ geschritten. Hierzu sprachen Genosse Schmolling und Geißler ihr Bedauern aus, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages einen Beschluß veröffentlicht hätte, daß der Arbeiter-Feiertag nicht am 1. Mai, sondern am 8. Mai er. stattfinden solle. Redner meinten, daß die Fraktion gegen die Beschlüsse des Pariser Kongresses nicht opponieren dürfe. Der Vorsitzende trat diesen Ausführungen entgegen. Er erklärte es für eine völlig falsche Auffassung, wenn in dieser Angelegenheit von einem Beschlusse der Fraktion gesprochen werde. Die Fraktion hätte überhaupt keinen Beschluß gefaßt, sondern nur einen Rath erteilt und es der Arbeiterschaft überlassen, ob sie diesen befolgen wolle oder nicht. Die Fraktion sei von dem sehr richtigen Standpunkt ausgegangen, daß man vor allem die schwierige Lage des deutschen Arbeiters berücksichtigen müsse und deshalb habe die Fraktion erwogen, daß es wohl besser sei, den Arbeiterfeiertag auf einen Sonntag zu verlegen, als Tausende von Arbeitern zu veranlassen, an einem Wochentage zu feiern, da sonst zu viele Entlassungen vorlämen und den Feiern schwere materielle Schäden zugefügt würden. Der Vorsitzende blieb jedoch mit seiner Ansicht allein, denn es wurde eine Resolution angenommen, die das Vorgehen der Fraktion bedauert. Auch Erledigung des Fragensens wurde die Versammlung geschlossen. Nächste Versammlung am Mittwoch, den 25. d. M., bei Wagner, Neue Königl. 89.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, falls Raum dafür abzugeben ist, dem Subskribent zur Verfügung von Angehörigen allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Herr Redaktor!

Sie werden anher mir noch eine große Zahl anderer Leser Ihres Blattes verpflchten, wenn Sie nachsichtiger Einsendung Raum gewähren wollten. Meine Klagen betreffen die in Berlin so zahlreichen Automaten, welche sehr oft nicht gefüllt sind oder nicht funktionieren, trotzdem aber die Groschen gerne annehmen. In den letzten Tagen ist es mir mehrfach passiert, so bei Lips, dann bei Casian's Panoptikum, daß ich Groschen in die Automaten hineinwarf, ohne die gewünschte Waare herauszubekommen zu können. Hier liegt Fahrlässigkeit, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, vor. Es wäre wohl Pflicht der Redaktionen, darauf zu sorgen, daß nur Automaten aufgestellt werden, welche bei Nichtfunktionieren des Apparates das Geldstück wieder herausgeben, und daß auf den Automaten der Name der aufstellenden Person angegeben wird. Öffentlich findet diese Anregung Beachtung.

(Der Name des Einsenders ist der Redaktion bekannt.)